

Vinzenz Jobst



Marie Tusch

**Lebensbild
einer Tabakarbeiterin**



IMPRESSUM

- Herausgeber: Prof. Vinzenz Jobst, Klagenfurt 2020.
- Umschlag: Blick in die Konstituierende Nationalversammlung, 1919, Marie Tusch, 3. Reihe, in weißer Kleidung. / Die weiteren Abbildungen sind dem Bestand „Marie Tusch“ im Institut für die Geschichte der Kärntner Arbeiterbewegung (Archiv der Kärntner Arbeiterbewegung) entnommen.
- Auflage: Dieses Manuskript wurde in einer Auflage von 50 Exemplaren hergestellt und ist eine leicht überarbeitete Fassung der inzwischen vergriffenen Publikation „Marie Tusch – Lebensbild einer Tabakarbeiterin“. Klagenfurt 1999.

Vorwort

Dem sozialgeschichtlich Interessierten mag es gelingen, bei der Durchsicht des Lebensbildes der Klagenfurter Tabakarbeiterin Marie Tusch in einen ungemein bewegten Zeitabschnitt der Republik Österreich einzutreten und einen Teil der regionalen Geschichte sowie urbane Besonderheiten der Kärntner Landeshauptstadt zu erfassen. Schlagartig wird erkennbar, dass die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft im südlichsten Bundesland und mit ihr die regionale Frauenbewegung starke politische Wurzeln aufweist, die bereits um die Jahrhundertwende deutlich ausgeprägt waren. Freilich zählt das Herausarbeiten eines politischen Lebensschicksals, das bis auf wenige Erinnerungen und schriftliche Quellen bereits in der Vergessenheit zu ruhen schien, keineswegs zu den leichten Aufgaben historischer Publizistik. Ebenso mag auch die Frage nach dem Sinn solcher Darstellungen aufkommen. Und dennoch zeigt die Abfolge der historischen Details, dass ohne beharrliches gewerkschaftliches Fordern, ohne nachdrückliches Organisieren und ohne ständigen Wissenserwerb sozialpolitische Errungenschaften, wie sie die österreichische Gesellschaft erlebte, nicht möglich gewesen wären.

Das Lebensbild dieser stillen, aber ungemein willensstarken Marie Tusch aus Klagenfurt lehrt mehrere Erkenntnisse: Erstens jenes vom ständigen Wandel der industrialisierten Gesellschaft und die Chancen, die sich daraus für die im Erwerbsleben benachteiligten Frauen ergeben. Ihn hat Adelheid Popp im Jahre 1929 so bezeichnet: „Wir stehen in einer gewandelten Welt! Die Frau geht ihren Weg immer weiter aufwärts. Sie geht ihn heute Seite an Seite mit dem Manne. Mit Riesenschritten holt sie nach, was sie in vergangenen Jahrhunderten ohne ihre Schuld versäumt hat...“

Zweitens vermittelt das vorliegende, politisch bestimmte Lebensbild die Erfahrung, dass das österreichische Parlament als bisher ausschließlich Männern vorbehalten Willensebene ab dem Jahre 1919 durch den Einzug weiblicher Abgeordneter einen vollkommen veränderten sozialen Rahmen erhielt. Männerbündische Machtstrukturen wurden allein schon deshalb durchbrochen, weil die Präsenz, das Fachwissen, die Mitarbeit 25 weiblicher Abgeordneter der Ersten Republik auch zu einem kulturell-politischen Ordnungsprinzip im Hohen Hause führten. Die Kärntnerin Marie Tusch hat in diesem sozialen Raum der höchsten demokratischen Willensträger unserer Republik unter anderem deshalb eine unvergessene Stellung errungen, weil sie unter Beweis stellen konnte, dass sie als Arbeiterin und Betriebsrätin jener Kärntner Frauenbewegung, die sie vertrat, einen nachhaltigen inhaltlichen und sprachlichen Ausdruck verschaffte. Sie erwarb sich ihr Wissen notgedrungen autodidakt, aber darum umso nachhaltiger und vor allem solange sie atmen konnte.

Drittens vermittelt das Lebensbild dieser Kärntner Tabakarbeiterin, dass 80 Jahre nach ihrem Tod die österreichischen Frauen trotz nachhaltiger gesellschaftlicher Besserstellungen immer noch ein umfangreiches Aufholwerk zu bearbeiten haben. Es geht dabei nicht nur um die vielbesprochene Benachteiligung am Arbeitsplatz oder die Auflösung traditioneller Rollenmuster von Frauen und Männern. Neuerdings erscheint

unter dem Eindruck globaler wirtschaftlicher Verflechtungen eine doppelte Strategie nötig, um Fortschritte zu erreichen: einerseits die alten, nicht erfüllten, aber stets aktuellen Anliegen zu erreichen und andererseits zu verhindern, dass reaktionäre, aber durchaus erfolgreiche Demagogen, die Frauen vor die Startlinie des Frauenwahlrechtes im Jahre 1919 wieder zurückwerfen.

Die vorliegende Publikation wurde vom Verfasser ursächlich als leicht verstehbares Lesebuch in der Absicht gestaltet, dem Interessierten einen „Ausstellungsrundgang durch einen Teil der regionalen Zeitgeschichte“ anzubieten. Das Zusammenspiel von Texten, Fotografien und Illustrationen sollte den Inhalt vertiefen helfen. Inzwischen hat die Biografie von Marie Tusch in wenigen Jahren eine breite Rezeption gefunden. So wurde in der Seestadt Wien-Aspern eine der Hauptstraßen nach ihr benannt. Im Alten Rathaus der vormaligen Stadt St. Ruprecht bei Klagenfurt – dem heutigen Sitz der Freiwilligen Feuerwehr – wurde ein Stadtteilmuseum adaptiert, das u.a. die Rolle der Tabakarbeiterinnen und deren urbane Aufstiegs Geschichte dokumentiert. Die Publikation „Marie Tusch – Lebensbild einer Tabakarbeiterin“ wurde in den Bestand der Bibliothek der Universität in Berkley/USA aufgenommen und im Jahre 2018 stand ihr Lebensschicksal im Mittelpunkt einer Universum-History-Sendung, in der das Lebensschicksal von Frauen im Ersten Weltkrieg nachgezeichnet wurde. Schließlich kam es vor wenigen Monaten (2019/2020) zur ersten Verleihung des sogenannten „Maria-Tusch-Preises“ der Stadt Klagenfurt, die mit diesem ein dauerhaftes Erinnerungsbild an die ehemalige Betriebs- und Nationalrätin geschaffen hat.

Freilich bleibt trotz der zahlreichen erinnernden Fragmente einiges unvollständig, weil die wichtigste Zeugin des Lebensbildes – Marie Tusch selbst – nicht mehr lebt. Ihr Werk bleibt dennoch unvergessen.

Kindheit in Klagenfurt

Marie Tusch, eine der profiliertesten Vertreterinnen der Kärntner Arbeiterschaft von der Jahrhundertwende bis zum Jahre 1934, ist nur noch wenigen Menschen ein Begriff. In den Jahren radikaler politischer Auseinandersetzungen wurde sie insbesondere von jugendlichen Arbeiter/innen wie eine Heilige verehrt. Ihre politischen Botschaften waren so kräftig formuliert, dass man sie ernst nehmen musste. Aus einfachsten Verhältnissen stammend erarbeitete sich die zierliche Arbeiterin autodidakt einen Wissenshintergrund, der sie für die Kärntner Sozialdemokratie unentbehrlich machte. Sie war nicht nur Vertrauensfrau und Betriebsrätin, sondern eine jener wenigen Abgeordneten, die während sämtlicher vier Legislaturperioden des österreichischen Nationalrates der Ersten Republik ununterbrochen dem Hohen Hause angehörten.

Marie Tusch wurde am 1. Dezember 1868 als Maria Pirtsch in Klagenfurt geboren. Die Eltern waren nicht verheiratet. Ihre Mutter arbeitete zunächst als Magd, später widmete sie sich ihren sieben Kindern und übernahm noch weitere Pflegekinder in ihre Obhut. Ihr Vater arbeitete als Bauhilfsarbeiter, als Knecht und auch als Tagelöhner bei den Bauern im nördlichen Vorfeld von Klagenfurt. Ihren einzigen Bruder lernte sie nie kennen. Mit ihrer Schwester Vera korrespondierte sie in ihrem späteren Leben fallweise. Mit sieben Jahren kam Maria Pirtsch über Vermittlung einer Bekannten in das Kloster Maria Saal, wo sie die Elementarschule absolvierte und im Dienstleistungsbereich Arbeiten zu verrichten hatte. Bereits im Alter von zwölf Jahren – 1880 – wurde sie Arbeiterin der k. u. k. Tabakfabrik in Klagenfurt. Sie trat damit in einen der größten Betriebe Kärntens ein, der zu dieser Zeit 639 Dienstnehmer/innen beschäftigte. Zufällig liegt der Geburtstag von Marie Tusch in jenem Spätherbst des Jahres 1868, dem auch die Entstehung der ersten Gewerkschaftsorganisation im Bundesland Kärnten zugeordnet wird. Denn die ersten, die in Klagenfurt aus dem liberalen Vereinsgesetz (1867) das Bemühen um einen interessenvertretenden Zusammenschluss entwickelten, waren die gebildetsten unter den Arbeitern, die Buchdrucker. Sie standen unwissend Pate an der Wiege von Marie Tusch, für die im späteren Leben Wissenserwerb und Wissensinsatz zum wichtigsten politischen Instrument wurde. Die Klagenfurter Buchdrucker gründeten im September 1868 den Fortbildungsverein für Buchdrucker und im Dezember 1868 den Unterstützungsverein der Buchdrucker. Sie vermittelten damit wesentliche Impulse zum Entstehen sozialer, demokratischer und regulierbarer Wirtschaftsstrukturen.

Der Geburtsort von Marie Tusch ist nachweislich das alte Klagenfurter Allgemeine Krankenhaus am Heuplatz der Landeshauptstadt. Die dortigen sanitären und räumlichen Verhältnisse waren berüchtigt. In der Landtagssitzung vom 27. November 1872 schilderte der Abgeordnete Dr. Ritter von Burger die fürchterlichen Zustände:

„Was die jetzigen Zustände des Spitals betrifft, so sind dieselben namentlich in Bezug auf die Situation des Badhauses und der Totenkammer solche, die nicht lange mehr geduldet werden können. Ich glaube, es gibt in der ganzen Monarchie kein Spital, wo die Totenkammer zugleich Sektionszimmer ist und in der Mitte des Gebäudes unter den

Krankenzimmern liegt, wie dies hier der Fall ist. Man war bisher nicht in der Lage, dieselbe in entsprechender Entfernung zweckmäßiger unterzubringen. Man wird ferner nicht leicht ein Spital finden, wo wie hier die Wasch- und Badeanstalt mitten zwischen den Krankenzimmern gelegen ist. Die Dämpfe, die auf diese Weise in die Krankenzimmer eindringen, machen dieselben nahezu unwohnlich und rufen förmlich Lokalkrankheiten hervor, sodaß die Zimmer sofort geräumt werden müssen. Es sind ferner in dem gegenwärtigen alten Gebäude die ebenerdigen Wohnungen naß, finster und feucht und werden nur in dringendsten Fällen belegt...“

Eine Durchsicht des Geburts- und Taufbuches der Stadtpfarre St. Egid lässt erkennen, dass nicht nur im Geburtsjahr der kleinen Maria Pirtsch übermäßig viele Totgeburten zu verzeichnen waren. Auch in den Jahren davor und danach erreichte die Sterblichkeit der Neugeborenen in Klagenfurt einen hohen Anteil, wobei diese zweifellos mit den desolaten Verhältnissen, den ungenügenden sanitären Voraussetzungen und auch mit der Unaufgeklärtheit der betroffenen Frauen zusammenhing.

Ihre Mutter Karoline Pirtsch, Inwohnerin, unehelich, Tochter der Magd Agnes Pirtsch aus Völkermarkt, durchlebte in diesen Tagen des Jahres 1868 schwere Stunden, als ihr die Hebamme im städtischen Spital beistand, um ihr Kind zur Welt zu bringen. Noch im Krankenhaus ließ sie es im Beisein der Geburtshelferin sowie ihrer Bekannten Anna Morsche und Maria Tschische katholisch taufen. Die kleine Maria erwartete ein unsicheres und brutales Umfeld, eine Gesellschaft ohne sozialen Schutz und ohne ein geregeltes Erziehungswesen. In Ermangelung von Hinweisen und Quellen ist es nur sehr schwer möglich, Rückschlüsse auf die Lebenssituation in der frühen Kindheit von Marie Tusch zu gewinnen. Das Arbeitsleben ihrer Mutter muss jedoch wenig Spielraum zur elterlichen Zuwendung gelassen haben. Der schlecht bezahlten Dienstmagd standen Hunger, Krankheit und Entbehrung zur Seite. Kindererziehung nach heutigem Verständnis war während des gesamten 19. Jahrhunderts sowohl auf dem Land als auch zum größeren Teil in den Städten in der Regel durch das Mitleben im elterlichen oder auch im fremden Haus gekennzeichnet. Die Kinder lernten durch Imitation, ihre Erziehung geschah weitgehend durch das Zusammenleben und das Mitarbeiten in der Welt der Erwachsenen. Im Unterschied zur heutigen „Kindheit“ erlebten die Dienstbotenkinder des 19. Jahrhunderts beim Heranwachsen keine von Arbeit freie Lebensphase, die allein für das Spiel, die Erziehung, die Aneignung von Bildung oder auch die Entwicklung individueller Neigungen genützt werden konnte. Sobald sie körperlich dazu in der Lage waren, wurden Kinder zur Mitarbeit im Haus herangezogen - zum Viehhüten, Beerensammeln, Stubenfegen und zur Kinderaufsicht. Bei Heimarbeiten auch zur Arbeit an den Webstühlen oder zum Garnspinnen. Die Kinder wurden auch in Kärnten potentiell als Arbeitskräfte betrachtet, ein Nutzfaktor der bäuerlichen, handwerklichen oder auch hausindustriellen Familienwirtschaft - und natürlich auch als Vorsorge der Eltern für das Alter, sofern diese nicht ohnehin früher starben.

Im Alter von sieben Jahren wurde Maria Pirtsch über Vermittlung einer „Gönnerin“ in das Kloster Maria Saal aufgenommen. Dort besuchte sie die Volksschule und arbeitete im Wirtschaftswesen des Klosters.

Die Eröffnung der Marien-Anstalt in Maria Saal mit der angeschlossenen Mädchen-Erziehungsanstalt fand am 3. Mai 1873 statt. Diese direkt vom Fürstbischof der Diözese Gurk initiierte und patronierte Einrichtung verfolgte den Zweck: „Töchtern des bürgerlichen, gewerblichen und des Bauernstandes eine einfache, soziale Erziehung zu geben und (sie) je nach der Altersstufe zu einer pünktlichen, reinlichen Haushaltung heranzubilden.“

Im Hintergrund dieser Initiative stand unter anderem eine vollständig fehlende Sozialpolitik des Staates im 19. Jahrhundert, die sich in Kärnten insbesondere zu Lasten der Zehntausenden Landarbeiter und Dienstboten und dort vor allem gegenüber den Frauen auswirkte. Noch um 1900 ist statistisch festgehalten, dass bei ledigen Frauen verhältnismäßig mehr Totgeburten zu verzeichnen sind als bei verheirateten Müttern. Die außerordentlich schlechten sozialen Verhältnisse, die das uneheliche Kind fast immer umgaben, ließen jedem dritten bis zweiten Kind vor Erreichen des fünften Lebensjahres keine Lebenschancen. Auch der Direktor der Laibacher Wohltätigkeitsanstalten, Dr. Raimund Meltzer, stellte in der „Geschichte der Findlinge in Österreich“ fest, dass in Kärnten eine beispiellose Frequenz unehelicher Geburten vorherrschte. Er formulierte seine Beobachtungen folgend:

„Ledige Mütter wanderten mit 2, auch 3 Kindern an ihrer Seite im Lande von einem Dienstgeber zu dem anderen oder zogen als Inwohnerinnen aus einer Gegend in die andere und es war dieses Nomadenleben an der Tagesordnung. Bei der großen Zahl dieser Mütter waren die Dienstgeber zumal am Lande gezwungen, die ganze Familie aufzunehmen; sie mußten es sich gefallen lassen und es befremdete auch weiter niemand, wenn die in Dienst eintretende Magd sich im vorhinein eine freie Zeit zum Wochenbette ausbedingte. So litt der Dienstgeber durch die zwischen ihm und den Kindern geteilte Sorge der Mutter, es litt die öffentliche Moral durch die Hintansetzung jeder Scham, es litt das Land durch die herumstreichenden Bettlerinnen. Während aber ein Teil der Mütter ihre Kinder mit sich herumschleppte und dieselben in der Gesellschaft der Not und des Lasters physisch und moralisch verdarb, gab ein anderer die Kinder in die Kost zu Weibern, die in der Auferziehung dieser Kinder beim Wasser ihren Erwerb suchten und auf Kosten dieser armen Geschöpfe auch fanden. Um ihre Rechnung besser zu finden, nahmen diese Weiber soviel Kinder zu sich, als zu bekommen nur möglich war. Es gab welche, die 6 bis 8 Kinder in kleinen, dumpfen Kammern aufeinander gehäuft unterhielten. An eine gehörige Reinlichkeit und Pflege war nicht zu denken, die Aufsicht war Null. In der Hauptstadt sah man uneheliche Kinder, auch wohl manche eheliche, in den Vorstädten und abgelegenen Teilen der Stadt zerrissen, physisch und moralisch vernachlässigt sich zum Ekel jedes besseren Menschen ohne Schulunterricht und ohne Beschäftigung herumtreiben, die sich und mitunter ihre Eltern von Kindesbeinen an von Betteln und Stehlen ernährten und die raffiniertesten Taugenichtse und Dirnen wurden...“

In diesem Umfeld lagen die Kindheitsjahre der späteren Abgeordneten Marie Tusch. Das gesellschaftliche System war während dieser Jahre für die „Leute von unten“ weder durchschaubar noch verbesserbar. Ohnmächtig verharrten die Menschen in Klagenfurt, den Bezirksstädten und in den umliegenden Landgemeinden in Armut, Erwerbslosigkeit, Krankheit und Elend. Weder Staat noch Kirche boten umfassende Änderungen mit sozialen Verbesserungen. Die „soziale Frage“ entwickelte sich zur Grundlage gewerkschaftlicher Organisationen; allerdings zunächst erst in wenigen Branchen und dort auch nur in größeren Betrieben.

Zwei Jahre vor der Aufnahme der kleinen Maria Pirtsch in der Mädchen-Erziehungsanstalt zu Maria Saal formulierte der Gurker Fürstbischof Dr. Josef Kahn in seiner Eröffnungspredigt den Zweck der Einrichtung, denn unerträglich waren die sozialen Zustände am Land und in den Städten bereits auch für den regionalen Klerus geworden. Freilich erhielten zunächst lediglich acht Mädchen einen Platz in dem Institut, das man sich eher als Kaserne denn als Schülerhort vorzustellen hat.

Unmissverständlich bezeichnete der Fürstbischof das erzieherische Erfordernis in seiner Predigt so: „...und nicht um Sträflinge handelt es sich hier, sondern um Zöglinge, bei denen die versäumte Erziehung nachgeholt werden soll. Nicht um tief Gefallene handelt es sich, sondern um Rettung vor tiefem Falle. Ein Brandmahl ist's schon in früher Jugend dem Müßiggang mit all seinen Folgen leben. Aber kein Brandmahl ist es, geordnete Arbeit gelernt zu haben. Brandmahl ist es, frühzeitig schon die Spuren verführerischer Umgebung an sich tragen, aber es ist kein Brandmahl, Gottesfurcht und Zucht und Ordnung, wenn schon nicht im Elternhause, so doch in einem Hause gelernt zu haben, welches das Elternhaus zu vertreten berufen ist...“

Die kleine Maria Pirtsch erlebte somit einen weiteren entbehrungsvollen Abschnitt im Kindesalter, der ihr aber andererseits doch auch Inhalt und Richtung vermittelte. Die Unterbringung in dem Institut war an sich nicht billig. Das monatliche Kostgeld in Maria Saal wurde mit acht oder 12 Gulden berechnet, „je nachdem, ob die Eltern ihren Kindern das tägliche Fleisch und den Cafe zukommen lassen wollen, oder sich mit kräftiger, gesunder Hauskost begnügen...“.

Allfällige Auslagen für Kleidung, Schuhe, Schul- und Arbeitsmaterial, Arzt und Apotheke wurden extra in Rechnung gestellt, und für Wäschereinigung und saubere Betten mussten jährlich vier Gulden erlegt werden. Weniger oder kaum bemittelte Eltern – und als solche galt zweifelsfrei die Mutter der kleinen Marie – wurde in Aussicht gestellt, dass ihnen die Ausstattungskosten erlassen würden. Es ist davon auszugehen, dass diese Vergünstigung der Familie Pirtsch zugute kam – allerdings um den Preis, dass ihr Kind neben ihrem Schulbesuch im Internat der Kreuzschwestern hat für ihren Unterhalt zu arbeiten hatte.

Folgt man den Überlieferungen jener Familie Hornbogner, deren Mutter während der 1920-er Jahre von Marie Tusch adoptiert wurde, so übersiedelten die Pirtsch-Eltern noch während der Kindheit Maries in eine Keusche bei Maria Saal, wo sich nach und nach weitere sechs Geschwister einstellten. Zusammen mit zwei bis drei aufgenommenen

Kostkindern ergab dies einen großen Familienverband. Allerdings müssen die Kontakte von Marie zu ihrer Familie überaus zurückhaltend verlaufen sein, denn ihren einzigen Bruder lernte sie nie kennen und keine Erinnerung lässt erkennen, dass die kleine Marie öfter bei ihren Eltern weilte. Sicher scheint, dass sie in der Marienanstalt katholisch erzogen wurde und damit eine Grundlage erhielt, die sie in ihrem späteren Leben in schwere Konflikte stürzte. Dies betrifft insbesondere ihr schicksalhafter Erleben als Mutter. Aus der Familie wird überliefert, dass sechs (!) Kinder von Marie Tusch entweder bei der Geburt starben oder das erste Lebensjahr nicht erreichten. Noch in der Budgetdebatte des Nationalrates im Mai 1924, in der die Paragraphen 144 bis 148 des österreichischen Strafgesetzbuches (Abtreibung) im Kapitel Justiz thematisiert wurden, verwies die Fraktionskollegin von Marie Tusch, Amalie Seidel, auf den Umstand, dass diese „aufgrund gesundheitlicher Schäden durch Fabrikarbeit vier Kinder verloren“ habe.

Erschüttertes Glaubensbild

Das Spannungsfeld der Klagenfurterin zum Katholizismus wurde im Laufe der Jahre so stark, dass sie kurz nach ihrer letzten Niederkunft aus der römisch-katholischen Kirche austrat. Als Abgeordnete unternahm sie diesen Schritt entschieden und bestimmt. Nach Vorbringen ihrer Eingabe in der Bezirkshauptmannschaft Klagenfurt im Jahre 1920 übermittelte die Behörde der zuständigen Pfarre St. Egid das Austrittsbegehren. Im Geburts- und Taufbuch findet sich der Eintrag: „aus der röm.-kath. Kirche ausgetreten laut Meldung der Bezirkshauptmannschaft Klagenfurt Nr. 10/9 1920/18.520“. Dieser Schritt mag ihr nicht leichtgefallen sein, denn selbst unter dem Eindruck sehr strenger Verhältnisse hat dieses außergewöhnliche und aufgeweckte Klagenfurter Mädchen im Klosterinternat auch Freundschaften herstellen können.

Gerade ihr späteres Engagement für Frauenanliegen, für Gesundheitsfragen und der Drang nach Emanzipation mag als Beweis für die Überwindung der drohenden Verwahrlosung im Kleinkindalter gelten; die geistliche Hilfe wurde von Marie Tusch stets bereitwillig angenommen. Die Erschütterung ihres Glaubensbildes stehe jedoch in ursächlichem Zusammenhang mit dem Tode ihres letzten Kindes und allenfalls auch mit der Rolle des politischen Katholizismus im Bundesland Kärnten und in der Republik Österreich. Insbesondere dessen Haltung in der Frage der Paragraphen 144 bis 148 des österreichischen Strafgesetzbuches (Abtreibung) ließ sie nicht mehr zur Ruhe kommen. Zu sehr hatte sie mit den betroffenen Kolleginnen in der Klagenfurter Tabakfabrik gelitten, die nach einer Abtreibung oft jahrelang eingesperrt wurden, unterstreichen jene wenigen Berichte, die aus dem engsten Umfeld Marie Tuschs noch ertastet werden können. Vor diesem Hintergrund sollte auch die Adoption jenes Mädchens gesehen werden, welches das Ehepaar Anton und Marie Tusch noch im Jahre 1920 an Kindes statt annahm. Es fügte sich, dass die junge Kellnerin Gertrud Pichler für ihre siebenjährige Tochter Margaretha nicht aufkommen konnte und sich in ihrer Verzweiflung an die Abgeordnete wandte. Kurz entschlossen beantragte diese ein Adoptionsverfahren beim Seelsorgeamt der Kärntner Landes-Wohltätigkeitsanstalten und erwirkte damit die volle Übernahme der Elternrechte und -pflichten für das Mädchen. Die Urkunde konnte am 9. Juni 1920 ausgestellt werden.



Das alte Allgemeine Krankenhaus am Heuplatz in Klagenfurt (Mitte) hatte um 1860 bereits höchsten Sanierungsbedarf. Marie Tusch wurde hier am 1. Dezember 1868 in einem völlig desolaten sanitären Umfeld geboren (Farblithografie, entnommen „Landeskrankenhaus Klagenfurt“ von Paul Posch, Klagenfurt, 1992). Unten: Geburts- und Taufschein von Margaretha Pichler, die im Alter von sieben Jahren von Marie und Anton Tusch an Kindes statt aufgenommen wurde. Zwischen den beiden Frauen entstand eine enge, liebevolle Beziehung.

Land: Kärnten
 Zahl: 724
 Ord. No. 04852699 10 No.
 Diözese: Gurk

Geburts- und Taufschein

Aus dem Geburt- und Taufbuche Tom. IV. Pag. 491 wird hienit amtlich bezeugt, daß im Jahre Eintragsort: 1868
 den einundzwanzigsten (21) December hier in der Landes-Geburtsanstalt, St. Veitenskirche, geboren und am 12. December
 vom P. Alois Selbinger dem christlich-katholischen Ritus gemäß getauft worden ist.

Name des Täuflings	Vor- und Zunamen, Religion, Charakter, Geburtsort, Ort und Zeitabschnitt, Absterbeweg		Vor- und Zunamen und Stand des Vaters	
	des Vaters	der Mutter	des Vaters	der Mutter
<u>Margaretha</u>	<u>Anton Pichler</u>	<u>Theresia Pichler</u>	<u>Anton Pichler</u>	<u>Theresia Pichler</u>

Handwritten notes and signatures are present throughout the form, including a large signature of P. Alois Selbinger at the bottom right. The form includes various official stamps and seals.

Die Klagenfurter Tabakfabrik

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterhielt das österreichische Tabakmonopol 30 Tabakfabriken mit einer Gesamt-Beschäftigtenanzahl von etwa 37.000 Arbeitnehmer/innen. Die Generaldirektion in Wien war dem k. u. k. Finanzminister verantwortlich. Die Direktionen der einzelnen Betriebe verfügten über die Personalhoheit in ihrem Produktionsbereich. Zwischen Angestellten (Beamten) und Arbeitern herrschte strikte soziale Trennung. Der jeweilige regionale Arbeitsmarkt förderte die Beschäftigung von Frauen. Weibliche Dienstboten im Umfeld der Städte konnten wesentlich günstiger beschäftigt werden als gelernte oder angelernte männliche Arbeitnehmer. Überdies fügten sie sich - einmal losgelöst aus den landwirtschaftlichen Dienstbotenstrukturen - kritiklos in die von der Regie (Tabakregie) vorgegebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

„Die Frauen waren (auch) ein willfähiges Material, nicht so fortschrittlich und nicht so aufnahmefähig im Überdenken und Auffassen der wirtschaftlichen und lohnrechtlichen Arbeitsfragen. Man hat sie auch bereits mit 12 und 14 Jahren, also noch als halbe Kinder, in die Betriebe genommen, sie schon dadurch im Denken von dieser Richtung abgelenkt. Sie haben sich an die Arbeit gewöhnt, wie auch an die Arbeit selbst. Man konnte und durfte sie beinahe zu allen Arbeiten verwenden. Einen Jugendschutz in (unserem) heutigen Sinne gab es nicht...“, verweist die „Geschichte der Gewerkschaft der Tabakarbeiter“ im Jahre 1952 auf die sozialen und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen vor der Jahrhundertwende.

Marie Tusch wurde im Jahre 1880, im Alter von zwölf Jahren, in die Klagenfurter Tabakfabrik aufgenommen. Diese zählte damals 639 Arbeitnehmer, davon 583 Frauen. Dem jungen Mädchen wurde eine Tätigkeit als „Übernehmerin“ zugewiesen, eine Arbeit, die sie nun jahrelang ausüben sollte. Erst viel später, im Alter von 60 Jahren, erinnerte sich die Sozialdemokratin für die Drucklegung einer Festschrift an die Verhältnisse in der Klagenfurter Tabakfabrik. Sie erklärte darin jenes soziale Umfeld, welches das Entstehen einer Arbeitnehmer/innen-Organisation so schwierig machte:

(...) Die größte Schwierigkeit lag in den besonderen Verhältnissen der Tabakfabriken; von großer Bedeutung waren auch die lokalen Einflüsse. Dazu kommt der Umstand, daß die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten aus Frauen und Mädchen besteht. Viele von ihnen kamen im Alter von sieben Jahren in die Fabrik, diese war daher auch ihre Welt.

Die Fabrikleitung (aber) tat alles, um die Organisation (Gewerkschaft) von dem Betrieb fernzuhalten. Von der Arbeiterschaft wurde blinder Gehorsam verlangt. Sie mußte täglich bei Beginn sowie vor Schluß der Arbeit beten; zwei „Vaterunser“ und ein für diesen Zweck verfaßtes Gebet mußten morgens und abends mit lauter Stimme gebetet werden. Während der Arbeitszeit zu singen, Rosenkranz- und Litaneibeten sowie die Teilnahme an der Fronleichnamsprozession gehörten ebenfalls zur Pflicht. Dafür wurden bei Entstehen der Arbeiterbewegung der Besuch von Versammlungen sowie jede Anteilnahme am öffentlichen Leben strengstens verboten.

Frömmelnde Heuchelei und Denunziantentum wurden systematisch gezüchtet. Die Beamten wurden nicht nur über das, was im Betrieb vorging unterrichtet, sondern auch über die Familienverhältnisse, über alles. Man könnte fast sagen, sie kannten die Gedanken der Arbeiterschaft. Das Wohlwollen der Beamten konnten jene erwerben, die recht viel von ihren Mitarbeitern zu erzählen wußten.

Das Vorrücken zu besser bezahlten Arbeitsplätzen lag ebenfalls im Belieben der Beamten. Jugendliche Arbeiterinnen wurden durchwegs mit „Du“ angesprochen und auch geschlagen. Die Arbeitszeit, welche anfangs 14 Stunden täglich betrug, wurde später geregelt und dauerte von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Mittagspause war eine Stunde. Arbeiterinnen, welche in der Nähe der Fabrik wohnten, hielten in den Straßengraben ihre Mahlzeit bei einem harten Stück Brot. Oft wurde auch dieses Stück Brot geteilt mit jenen, die auch das nicht hatten.

Die Löhne betrugen 1 Gulden 50 Kreuzer bis 2 Gulden. Nur einzelne Arbeiter und Arbeiterinnen verdienten 3 Gulden in der Woche. Lohnforderungen durften nicht gestellt werden, die Arbeiterschaft durfte nur demütig darum bitten. Gelang es einmal, die Vorgesetzten durch Bitten zu erweichen, so betrug die Lohnerhöhung 2 bis 5 Kreuzer in der Woche. Dafür mußte aber dann eine Deputation der Fabrikleitung den Dank der Arbeiterschaft aussprechen.

Soziale Einrichtungen waren keine vorhanden. Für 1300 Beschäftigte ein Arzt, der sich mehr um seine Privatkunden kümmerte als um die Arbeiter und Arbeiterinnen. Heilanstalten, Bäder, Spezialärzte, Wöchnerinnenschutz und dergleichen waren unbekannte Dinge. Alle Arbeiterinnen waren bei der Krankenkasse, doch die ledigen Mütter bekamen während der Zeit ihrer Niederkunft kein Krankengeld, nur die Verheirateten in der Dauer von acht bis zehn Tagen. Die Ledigen wurden für die „Sünde“ mit Hunger im Wochenbett bestraft. Durch die Not gezwungen, saß manche ledige Mutter am dritten Tage nach der Entbindung wieder an ihrem Arbeitsplatze. Die meisten mußten dies mit dem Leben bezahlen.

Ein Beschwerderecht gab es nicht, trotz der haarsträubenden Ungerechtigkeiten, die verübt wurden. Eine Arbeiterin, der man willkürlich das Krankengeld entzogen hatte, fand den Mut, beim Gewerbeinspektor Beschwerde zu führen. Als dies der Direktor erfuhr, wurde sie im Beisein des Abteilungsleiters und der übrigen Arbeiterinnen auf das ordinärste beschimpft und sofort entlassen. Sie hat den gerichtlichen Weg beschritten, der Direktor wurde zu einer Geldstrafe verurteilt, doch die Entlassung wurde nicht rückgängig gemacht. Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Arbeitskraft verbraucht war, mußten, um sich vor dem Hungertode zu retten, an Lohnauszahlungstagen vor dem Fabrikstor stehen und milde Gaben von ihren einstigen Mitarbeitern und -arbeiterinnen erbitten.

Im Jahre 1900 wurde das Parteiorgan „Der Volkswille“ geschaffen. Am 11. Februar 1901 erschien ein Artikel, der verlangte, daß die Arbeiterinnen in der Fabrik anständig behandelt werden. Das war zuviel. Der Verdacht, diesen Artikel eingesen-det zu haben, fiel auf die Genossin Mahrer. Nun begann das Kesseltreiben. Die Erregung der Arbeiterinnen wurde bis zur Siedehitze gesteigert. Anstatt sich gegen die Vorgangsweise der Beamten aufzulehnen, richtete sich die Erbitterung gegen die Mitglieder der Frauen-Ortsgruppe (der Gewerkschaft). Der größte Haß aber richtete sich gegen die Hauptfunktionärin Genossin Mahrer, bis sie sich hinreißen ließ und sich zur Wehr setzte. Damit war ihr Schicksal besiegelt. Die Disziplinarkommission kannte ihre Pflicht. Die Schuldfrage wurde bejaht und das Urteil lautete: „Versetzung in die niederste Lohnstufe als Arbeiterin der allgemeinen Manipulation.“ Das genügte, um die übrigen zu veranlassen, der Organisation den Rücken zu kehren.

Im Jahre 1903 betrug die Arbeitszeit 54 Stunden in der Woche. Im Jahre 1906 wurde der erste Erfolg erzielt. Die Arbeit wurde um fünf Viertelstunden in der Woche verkürzt. So freudig dieser Fortschritt begrüßt worden war, wurde der Kampf um eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit fortgesetzt und vor allem wurde der freie Samstagnachmittag angestrebt. Viele hielten diese Forderung für undurchführbar. Wer kann daher den Jubel ermessen, als im Jahre 1910 die Genugtuung, die sozialen Zustände für die Kolleg/innen des eigenen Betriebes, der eigenen Branche kämpfend verbessert zu haben, erfüllte die gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen in allen Ebenen mit Selbstvertrauen und Zuversicht. Vielfach wurden zu runden Anlässen wertvoll gestaltete Erinnerungsschriften verfaßt, die unter anderem die „neue kollektive Vertragskultur“ festhalten sollten. die 51-Stunden-Woche mit dem freien Samstag nachmittag zur Wahrheit wurde!

Die erste Arbeit aber, die geleistet wurde, als die Arbeiterschaft zum Denken erwachte, galt den Invaliden (...) „Helft uns! Nehmt Euch unser an!“ waren ihre Worte (anläßlich der konstituierenden Ortsgruppenversammlung des Reichsvereins). (...) Im Jahre 1910 wurde die Altersversorgung bedeutend verbessert.

Versuche, in der Klagenfurter Tabakfabrik eine Interessengemeinschaft der Arbeitnehmer/innen zu gründen, wurden durch Terror, Disziplinierungen und Entlassungen im Keim erstickt. Aber hervorgerufen durch die schlechten Lebensverhältnisse und oftmals durch die drastischen persönlichen Anordnungen einzelner leitender Beamter der Tabakbetriebe oder sogar der Generaldirektion begann sich die Tabakarbeiterschaft zur Wehr zu setzen.

Die Entwicklung der organisierten Arbeiterschaft in anderen Branchen, das Entstehen von Betriebs- und Berufsorganisationen verfolgten die Kolleginnen und Kollegen aufmerksam. Man ließ sich mit der Zeit durchaus nicht mehr alles ruhig gefallen und begann kollektiv einzelnen Weisungen und Anordnungen Widerstand entgegenzusetzen – besonders dort, wo die persönliche Ehre oder die Verletzung der Menschenrechte eine Rolle spielte. (...)



Arbeiterinnen der Klagenfurter Tabakfabrik (ca. 1909)



Um 1900...

... gelang es schließlich der österreichischen Tabakarbeiterschaft, die um sie gelegten Fesseln aufzulösen. Zunächst wirkte noch das System amtlicher Verfügungen, Disziplinierungen, von Rückstufungen und Geldstrafen. Dieses führte aber auch ganz wesentlich dazu, dass sich beherzte Frauen und Männer zuerst betriebsweise zusammenschlossen und danach Verbindung mit anderen Betrieben aufnahmen, um gemeinsame Schritte zu unternehmen. Den Klagenfurter Vertrauensleuten Leopold Mahrer, seiner Frau Anna Mahrer und Marie Tusch muss in diesem Zusammenhang größter Respekt vor den erbrachten organisatorischen Leistungen zugeordnet werden. Nachdem bereits im Jahre 1896 der erste Exekutivausschuss aller freien Gewerkschaften in Kärnten entstanden war, konnte es nur eine Frage der Zeit sein, dass Leopold Mahrer, den der Exekutivausschuss zum ersten Landessekretär berufen hatte, mit anderen Vertrauten seiner Gruppe eine Gewerkschaft der Tabakarbeiter/innen erreichen würde. Schließlich gelang dies nach jahrelangem Tauziehen im Jahre 1902, nachdem sich die Wiener Tabakarbeiterschaft an den damaligen Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft, Anton Hueber, wandten, der sich wiederum mit den Frauenvertreterinnen Adelheid Popp und Anna Boschek darüber beriet, wie diese riesige Genussmittelbranche einheitlich gewerkschaftlich zu organisieren wäre. Sie bestellten Franz Pattermann zum ersten zentralen Sekretär der Tabakarbeitergewerkschaft. Folgt man Franz Drechslers „Geschichte der Gewerkschaft der Tabakarbeiter“, so wird der Entstehungsablauf folgend geschildert:

„Im Juli 1902 übernahm Pattermann diese Aufgabe und übersiedelte von Brunn nach Wien in die Schmalzhofgasse, wo auch die erste Kanzlei der Tabakarbeitergewerkschaft entstand. Von dort aus nahm er Verbindung mit allen Fabriken auf. In einigen Fabriken waren schon größere Organisationen vorhanden, in anderen wieder mußte erst begonnen werden, die Arbeiterschaft zu erfassen. Das war keine leichte Aufgabe. Die Verschiedenheit der Nationalität war dabei das größte Hindernis. Es gab deutsche, tschechische, polnische, kroatische und italienische Tabakarbeiter. Sie alle auf einen gleichen Nenner zu bringen, war nicht so einfach. Pattermann gelang dieses Experiment. Im Herbst 1902 konnte er dem Genossen Hueber berichten, daß in den meisten Fabriken Organisationen, wenn auch kleinere, ins Leben gerufen seien. In allen diesen Ortsgruppen fanden Gründungsversammlungen statt. Es entstanden richtige freie Gewerkschaften.“

Ohne Zweifel wurden nach dem Zusammenschluss der vielen Lokalvereine zu einer Gewerkschaft die Bedingungen und vor allem die Durchsetzungsmöglichkeiten für die Tabakarbeiter/innen wesentlich besser. Marie Tusch entwickelte sich in der Fabrik, aber auch im urbanen Umfeld zu einem Begriff, zu einer Funktionärin, die intelligente Lösungen fand und stets für die Schwächeren eintrat. Bezeichnenderweise handelte es sich um Frauen – um viele, denn die Tabakfabrik war inzwischen auf einen Personalstand von mehr als 1000 Arbeitnehmer/innen angewachsen.

Die harten gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen liegen zeitlich denn auch zwischen der erwachenden lokalen Arbeiterbewegung nach 1890 und dem Ersten Weltkrieg. Die

zweite Generation der Kärntner Tabakarbeiterinnen, die ja nicht nur zu Gründerpersönlichkeiten ihrer Berufsvereinigung wurden, sondern auch ihr urbanes und regionales Umfeld politisch zu gestalten begannen, führte an verschiedenen Fronten einen oftmals aussichtslos erscheinenden Kampf. In der Fabrik erfuhren sämtliche weiblichen Vertrauenspersonen bald die Willkür der Fabrikbeamten. Diese konnten sich bei ihren Schikanen gegenüber den politisch engagierten Tabakarbeiterinnen auf die Arbeitsordnung der Fabrik berufen. Die „Treuepflicht“ verlangte von den „Staatsarbeiterinnen“ stets auch „sittliches und politisches Wohlverhalten“, und wer sich nicht fügen wollte oder konnte wurde im Rahmen derselben Betriebsordnung diszipliniert. Dazu zählten tageweise Arbeitsverbote ebenso wie Lohnabzüge, Versetzungen zu schlechter bezahlten Tätigkeiten ebenso wie die Verweisung zu gesundheitsgefährdenden Tätigkeiten.

Die Frauen konnten sich zunächst nur durch lose Selbsthilfeorganisationen zur Wehr setzen, wobei stets auch das Wechselspiel zwischen Arbeit und Alltag, zwischen Fabrik und urbanem Umfeld zu berücksichtigen ist. Nie wieder wollten sie, die entweder selbst noch das ländliche Dienstbotenschicksal erlebt hatten oder die zweite Generation, der dieses Schicksal aus der Erzählung der Eltern noch bedrohlicher erschien, zurück aufs Land. In den Gemeinden Viktring, St. Peter und insbesondere in St. Ruprecht bei Klagenfurt hatten sie inzwischen Wohnsitze gefunden und begonnen, ein einigermaßen geordnetes Leben zu führen - stets den sozialen Aufstieg vor Augen, dessen wichtigste Grundlage die Arbeit in der Fabrik war.

Freilich fehlte zunächst noch vieles am Wohnort: zu wenig Wohnungen, die spürbare existentielle Not, vor allem Hunger und materielle Armut, auch die Angst vor Krankheiten und vor dem nicht versorgten Alter. Es wird verständlich, dass sich angesichts dieser Situation die „sociale Frage“ zum Nährboden politischen Ausdrucks verdichtete.

Am 14. Mai 1899 wurde in Klagenfurt eine Frauen-Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegründet. Von den 15 Proponentinnen waren 10 Beschäftigte der hier angesiedelten Tabakfabrik (!). Zur Vorsitzenden wählten sie Maria Socher, später die Ehefrau des lokalen Gewerkschaftsgründers Leopold Mahrer. Rasch erreichte diese freie Gewerkschaftsorganisation ca. 120 Mitglieder, zwei Drittel davon Tabakarbeiterinnen, und begann massiv die schlimmsten Missstände in der Fabrik anzuprangern. Die latente Gesundheitsgefährdung, das Fehlen einer Betriebsküche und eines Betriebsbades, die fehlende Altersversorgung und auch die zu niedrigen Einkommen der Arbeiterinnen erhielten Öffentlichkeit und erzeugten gesellschaftliche Provokation. Die vorwiegend schriftlich abgefassten Anklagen, Memoranden und Schilderungen aus dem Arbeitsalltag wurden zumeist im „Volkswille“ veröffentlicht. Als die Identität der Vereinsvorsitzenden Maria Socher-Mahrer bekannt wurde, bedeutete dies nicht nur ihre Versetzung zum Kehrdienst, sondern auch das Ende des Vereins. Allerdings hatte das Wechselspiel zwischen Information, Konflikt und sozialer Verbesserung derart auf die Arbeiterinnen eingewirkt, dass es der Klagenfurter Fabrikleitung nicht mehr gelang, die entstehende Gewerkschaft endgültig zu zerschlagen.

Bereits wenige Jahre danach (1903) gründete derselbe Funktionärskreis mit Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Tabakarbeiter/innen den „Fachverein der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen Klagenfurt“, und in einer öffentlichen Versammlung mit 970 (!) Anwesenden verabschiedete die junge Gewerkschaft einen Monat später eine Denkschrift, die nicht nur eine ausgiebige Lohnerhöhung forderte, sondern die auch jene Lebens- und Berufsbedürfnisse in Klagenfurt festhielt, deren Verbesserung man unbedingt erreichen wollte.

Marie Tusch war damals 35 Jahre alt, und es ist anzunehmen, dass sie diese Ereignisse nicht nur voll mitgetragen, sondern auch bereits im Detail mit geplant hatte. Der nachhaltige Zuspruch der Klagenfurter Tabakarbeiterinnen zu „ihrem Fachverein“ führte in den folgenden Jahren zu einer regionalen Erfolgsgeschichte. Durch die Eingliederung in den cisleithanischen Dachverein der Freien Gewerkschaft konnten die Arbeiterinnen bei einem wöchentlichen Mitgliedsbeitrag von 20 Heller (später 40 Heller) auch bedeutend höhere Leistungen von ihrer Gewerkschaft bei Krankheit, in Notfällen, bei Entbindungen und bei Arbeitslosigkeit erwarten.

Ganz entscheidend wirkte sich jedoch die interessenspolitische Willensbildung auf den sogenannten Reichskonferenzen des Berufsverbandes aus. Hier wurden jene Anträge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Tabakregie erarbeitet, diskutiert und beschlossen, die unmittelbar danach bis in die höchsten Gremien des Eigentümers vordringen mussten – vorgebracht durch sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete, unterstützt durch Printmedien der Gewerkschaft und der Sozialdemokratischen Partei.

Ohne im Detail auf diese frühe Kollektivvertragsentwicklung einzugehen, zeigt die Geschichte der Tabakarbeitergewerkschaft, dass insbesondere das Memorandum der III. Generalversammlung (1909) bzw. der im Jahre 1919 erwirkte Kollektivvertrag zur grundlegenden arbeits- und lohnrechtlichen Basis für die Tabakarbeiter/innen in der gesamten Branche wurde. Eindrücke von Zeitzeuginnen, die in den Jahren 1984 und 1985 festgehalten wurden, von Personen, die sowohl Marie Tusch als auch ihr Lebensumfeld persönlich kannten, mögen ein wirklichkeitsnahes Bild über die Tabakarbeiter/innen von Klagenfurt vermitteln.

Die Erinnerung...

... der Klagenfurter Tabakarbeiterin i. R. Paula Moser (†) lässt erkennen, dass die St. Ruprechter Arbeiterschaft zumindest im Kern eine durch und durch verschworene Gemeinschaft darstellte. Zusammengesetzt aus Tabakarbeiterinnen und Eisenbahnern, konnte sie nicht so leicht etwas erschüttern. Dieser große Betrieb, die Arbeiterwohnhäuser, die der staatliche Monopolbetrieb nach und nach errichtete und die in der „Regie“ beschäftigten Mädchen waren eine Voraussetzung für die neue St. Ruprechter Bevölkerung. Die zweite wesentliche entstand aus dem Bahnhofsbetrieb, einigen Baufirmen sowie weiteren Industriebetrieben bzw. deren Arbeitern. Zusammen ergab dies ein ständiges Kennenlernen und Zusammengehen.

Innerhalb weniger Jahre entstand vor den Toren der Landeshauptstadt eine Arbeitersiedlung größeren Ausmaßes. St. Ruprecht wurde so die neue Heimat der ehemaligen Dienstboten und Landarbeiter/innen. Die hier üblichen Hochzeiten fanden überwiegend zwischen Tabakarbeiterinnen und Eisenbahnern statt. Entgegen den früheren, ländlichen Gewohnheiten waren die Hochzeiten keine große festliche Angelegenheit mehr. Auf dem Dorf, wo die Leute eigentlich herkamen, nahm noch die ganze Gemeinschaft an der Hochzeit teil, schilderte Paula Moser. Wenn nun Arbeiter/innen hier heirateten, war dies eine recht stille Angelegenheit. Üblicherweise nahmen sich die Brautleute einige Stunden von der Arbeit frei und ließen sich auf dem Standesamt und danach in der Kirche trauen. Danach gingen die Frischvermählten wieder an die Arbeit. Jede andere Eheschließung hätte zuviel Geld gekostet.

Trotzdem gestalteten die Arbeiterfamilien das Leben überaus gesellig. Im Jahre 1910 gründeten einige Eisenbahner den Gesangsverein „Flugrad“, erzählte die Tabakarbeiterin. „Und unter ihnen auch mein Vater. Über diesen Gesangsverein habe ich sehr viel mitbekommen. Mein Vater nahm mich überall mit hin. Das war eine wunderschöne Zeit. An einige Ereignisse kann ich mich ganz genau erinnern. Zum Beispiel an die große Fahnenweihe nach dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1920 auf dem Neuen Platz in Klagenfurt. Das war ein grandioses Fest. Aus ganz Österreich kamen die Gastvereine und zeigten ihr Können. Das ist uns allen so richtig ans Herz gegangen, wie wir der bürgerlichen Öffentlichkeit Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit vorgeführt haben. Die Bürgerlichen haben uns sicher immer argwöhnisch beobachtet.“

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges fanden die St. Ruprechter Gemeindeverantwortlichen mustergültige urbane Rezepte. Zum Bürgermeister wählten sie den blutjungen Friseur Friedrich Schatzmayr, der mit einem kleinen Kreis intelligenter Mitstreiter/innen, zu denen auch Marie Tusch zählte, enorme Fortschritte erzielen konnte. Die Errichtung des Arnold-Riese-Hofes in der St. Ruprechter Straße (1929) und der Bau der Arbeiterkammer (1924) mag als sichtbarer Ausdruck des ungeheuren Aufbauwillens dieser engagierten Arbeiterfamilien angesehen werden. Schatzmayr wurde nach 1945 zum Bürgermeister von Klagenfurt gewählt.



Die zweite Generation der Klagenfurter Tabakarbeiter/innen verstand sich auch als verschworene Gemeinschaft zum sozialen Aufstieg. 3.v.r., sitzend: Leopold Mahrer. Vorne rechts, stehend: Marie Tusch (ca. 1907).

Alltag in Klagenfurt-St. Ruprecht vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Arbeiterinnen der Tabakfabrik, die sich neben ihrer schweren Arbeit oft als Büglerinnen oder Wäscherinnen zusätzlich verdingen mussten (ca. 1905, Dampfwascherei Brodnig)





Nach dem Zusammenschluss der vielen Lokalvereine zu einer Gewerkschaft wurden die Bedingungen und vor allem die Durchsetzungsmöglichkeiten für die Tabakarbeiter/innen wesentlich besser. Marie Tusch entwickelte sich zu einer umsichtigen und engagierten Gewerkschafterin.



Das Erreichen des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für Männer im Jahre 1907 konnte für die österreichische Arbeiterbewegung nur ein erster, grundlegender Schritt in die moderne, demokratische Mitbestimmung sein. Den zweiten, das Wahlrecht für Frauen, erwirkte die nach dem Ersten Weltkrieg sichtbar gestärkte Frauenbewegung im Jahre 1919. (Illustration von M. Saxl in „Der Weg zur Höhe“ von Adelheid Popp, Wien, 1929.)

Für die Kärntner Arbeiterschaft im Nationalrat

Marie Tusch und mit ihr die Vertrauenspersonen der Kärntner Gewerkschaftsbewegung, insbesondere aber die Klagenfurter Tabakarbeiterschaft erlitten noch vor Ende des Ersten Weltkrieges am 12. November 1918 einen schweren Verlust. Leopold Mahrer, zu dessen engster politischer Freundin sie zählte, starb im April dieses Jahres. Dem langjährigen Gewerkschaftssekretär (verdankt) „die Kärntner Gewerkschaftsbewegung ihre Entstehung und Entwicklung... Sein Tod hat in der Arbeiterbewegung Kärntens eine schwere Lücke gerissen“, formulierte der sozialdemokratische Landesvertrauensmann Florian Gröger in seinem öffentlichen Nachruf und meinte damit Mahrers tragende Rolle beim Entstehen der Kärntner Gewerkschaftskommission im Jahre 1896 und sein aufbauendes Wirken in den Jahren danach.

Die ersten Wahlen zum Nationalrat fanden am 16. Februar 1919 statt. Mitten in den Abwehrkämpfen – Florian Gröger bezeichnete diese treffend als Krieg nach dem Kriege – organisierten die jungen demokratischen Parteien Kärntens unter erschwerten Bedingungen den Wahlgang. In jenen Kärntner Gebieten, die die SHS-Truppen besetzt hielten, war es allerdings unmöglich, demokratische Entscheidungen für die junge Republik durchzuführen, so daß sich die Nationalratswahlen lediglich auf den größeren Teil Kärntens beschränkten. Die Sozialdemokraten erhielten 77.961 Stimmen. Sie wurden damit die weitaus stärkste Partei im Lande. Die bürgerlichen Parteien erhielten zusammen 79.270 Stimmen. Mit Marie Tusch waren damit aus der Kärntner Arbeiterbewegung Florian Gröger, Josef Gabriel und Georg Hubmann zu den ersten Abgeordneten der Konstituierenden Nationalversammlung gewählt worden. Am 4. März 1919 zogen mit Marie Tusch sechs weitere Sozialdemokratinnen in das Hohe Haus an der Wiener Ringstraße ein. Und zwar: Therese Schlesinger, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Emmy Freundlich, Amalie Seidel und Anna Boschek. Julie Rauscha und Irene Sponner wurden am 7. Juni 1919 angelobt. Als einzige christlich-soziale Abgeordnete gehörte ab 12. März 1919 Hildegard Burjan dem Parlament an. Für die Großdeutsche Volkspartei wurde Lotte Furreg am 29. September 1920 angelobt.

Die umfassenden Probleme, vor denen das Bundesland Kärnten in den Jahren 1919 und 1920 stand, sind mit den Schlagworten „Abwehrkampf und Volksabstimmung“ nur anzudeuten. Die zunächst gewaltsam abgewehrte und kurz darauf ebenso gewaltsam vollzogene Annexion eines Teiles von Kärnten durch Truppen des neuen SHS-Staates Jugoslawien hinterließen in der regionalen Arbeiterbewegung tiefe Spuren. Nicht nur einmal mussten Wahltermine wegen der aktuellen Vorgänge verschoben werden.

Auch Marie Tusch und ihre Kolleginnen in der Klagenfurter Tabakfabrik standen voll unter dem Eindruck der Ereignisse. In sorgenvoller Stimmung verbrachte die Bevölkerung die Weihnachtsfeiertage im Jahre 1918. Noch vor Jahresfrist sollte mit der Befreiung der besetzten Landesteile begonnen werden. Am 27. Dezember wurden die Jugoslawen aus dem unteren Lavanttal vertrieben. Am 2. Jänner 1919 kündigte Landesbefehlshaber Ludwig Hülgerth den am 23. November 1918 abgeschlossenen Vertrag über die Demarkationslinie.

Wenige Tage später setzte eine großangelegte militärische Aktion zur Eroberung des Rosentales und des Gailtales ein. Am 5. Jänner wurde Arnoldstein besetzt und die Drau bei Wernberg überschritten. Am Tag darauf fiel St. Jakob im Rosental, am 7. Jänner verdrängten Volkswehr und Freiwilligenverbände die Jugoslawen aus Ferlach. Am 14. Jänner 1919 trat die von Kärntner Seite angebotene Waffenruhe in Kraft. Zwei Tage später begannen in Graz die Verhandlungen mit der Laibacher Regierung über die Vereinbarung einer neuen Demarkationslinie. Zuvor hatte die Kärntner Landesregierung „das gewaltsame, imperialistische, gegen den Willen der Bevölkerung gerichtete Vorgehen“ in einer Denkschrift verurteilt.

Es gibt viele Darstellungen des Kärntner Abwehrkampfes und wer zu welchem Zeitpunkt an welcher Stelle gekämpft hat; wie sich die Bevölkerung verhielt und auf welche Weise die österreichische Bundesregierung vorging. Immer wieder tritt hervor, welche Bedrohung vom Gegner ausging und wie sich die Besatzungsmacht verhalten habe. Geiselnahmen, Plünderungen, Brandschatzungen, Überfälle auf Zivilisten, da und dort ein Blutbad. All dies nimmt in den Berichten breiten Raum ein und vermittelt auch heute noch den Eindruck, dass der südslawische Vormarsch in den Jahren 1918 und 1919 ein schweres, traumatisches Erlebnis für die Kärntner/innen darstellte. „Dieses Trauma hat fortgewirkt und auch viel Böses mit umgekehrten Vorzeichen bewirkt; 1938 nach der Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich und 1941 nach dem Sieg der deutschen Truppen über Jugoslawien“, analysierte beispielsweise auch Dr. Hugo Portisch in seinem Werk „Österreich I“ dieses spezielle Kärntner Problem.

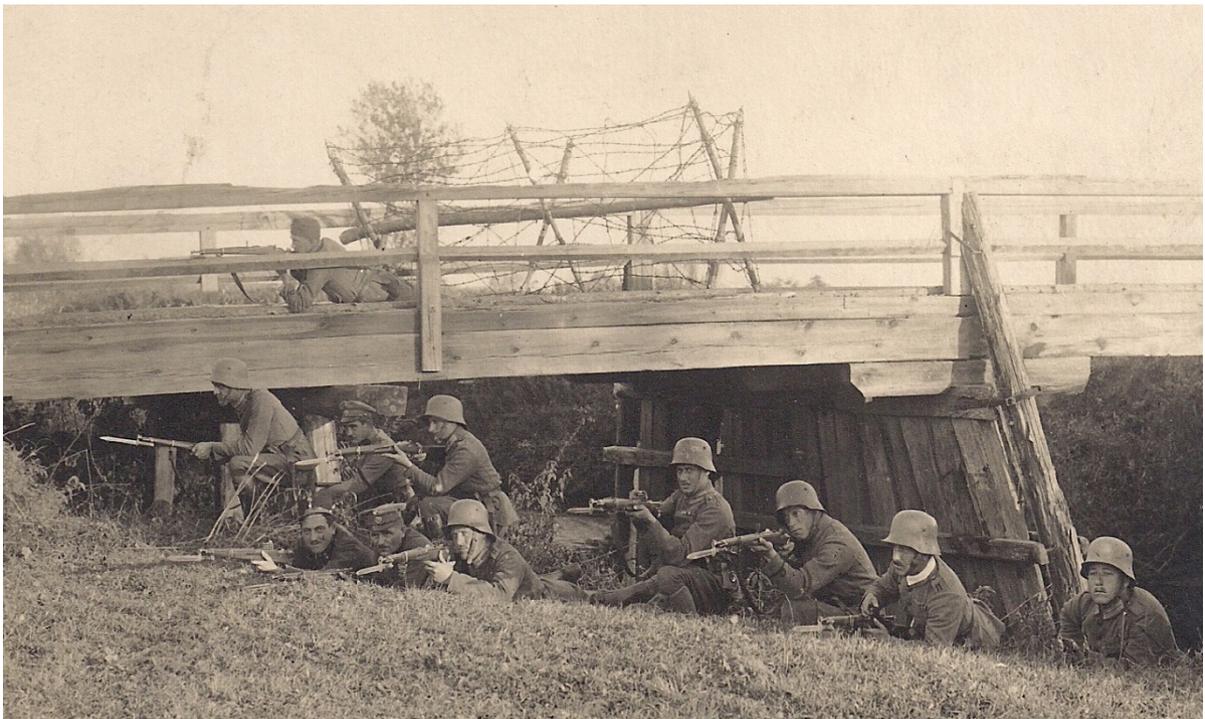
Fest steht, dass die neuerlichen umfassenden Kampfhandlungen im Mai des Jahres 1919, die zunächst erfolgreiche Befreiung des Landes durch die Kärntner militärische Führung und die am 28. Mai folgende jugoslawische Großoffensive vor allem auch in der regionalen Arbeiterschaft tiefe Spuren hinterlassen hat. Ein hartes Streiflicht überlieferte dazu wiederum die Fabrikarbeiterin Paula Moser (†) aus St. Ruprecht bei Klagenfurt:

„Der Abwehrkampf hat die Gemüter sehr bewegt. Das Eindringen der serbischen Truppen hat unseren Leuten die Augen geöffnet. Im Juni 1919 haben wir die Männer an der Sattnitz unter Heuhaufen eingegraben und versteckt. Der Aufmarsch der feindlichen Truppen erfolgte bereits vor Viktring in Reih und Glied. Soweit das Auge reichte, sahen die Frauen braune Uniformen ...“

Am 3. Juni waren die südslawischen Verbände in Völkermarkt eingerückt, drei Tage später wurde Klagenfurt besetzt. Die Kärntner Landesversammlung zog sich in die Bezirksstadt Spittal an der Drau zurück. Die Aufforderung der Pariser Friedenskonferenz, den Vormarsch einzustellen, beeindruckte die jugoslawische Führung ebenso wenig wie der Räumungsauftrag des Obersten Rates der Pariser Friedenskonferenz. Daraufhin besetzten italienische Truppen die Bahnlinie Tarvis – Villach – St. Veit, und nach dem Eintreffen der interalliierten Militärkommission mussten sich die jugoslawischen Truppen teilweise zurückziehen. Klagenfurt war erst Ende Juli wieder frei. Dieser jugoslawische Sieg war nicht mehr entscheidend, denn die Entente-Mächte hatten unterdessen in Paris entschieden, in



Die umfassenden Probleme, vor denen das Bundesland Kärnten in den Jahren 1919 und 1920 stand, sind mit den Schlagworten „Abwehrkampf und Volksabstimmung“ nur anzudeuten. Die zunächst gewaltsam abgewehrte und kurz darauf ebenso gewaltsam vollzogene Annexion eines Teiles von Kärnten durch Truppen des neuen SHS-Staates Jugoslawien hinterließen in der regionalen Arbeiterbewegung – insbesondere auch unter den Tabakarbeiterinnen in Klagenfurt – tiefe Spuren. Als sichtbare Drehscheibe für das Geschehen gilt der Hauptbahnhof (oben). – Unten: Ferdinand Wedenig, der spätere Kärntner Landeshauptmann und enger Vertrauter der St. Ruprechter Arbeiterschaft, als Volkswegmann an vorderster Front des Abwehrkampfes im Mai 1919 im Jauntal (3.v.r.)



Kärnten innerhalb geografisch festgelegter Zonen am 10. Oktober 1920 eine Volksabstimmung durchführen zu lassen.

Nach seiner Wahl zum Nationalratsabgeordneten im Februar 1919 war Florian Gröger aus der Kärntner Landesregierung ausgetreten. An seiner Stelle wurde August Neutzler Landeshauptmannstellvertreter. Sämtliche Kärntner Nationalratsabgeordneten – unter ihnen Marie Tusch – versuchten in Wien Bewusstsein für die besondere Notlage des Bundeslandes zu erzeugen. Sie entwickelte damals ihre außerordentlichen rhetorischen Fähigkeiten, denn sie musste nunmehr auch jene Entscheidungen vor ihren Wählern vermitteln, die in Wien getroffen wurden und denen man in Kärnten skeptisch bis feindlich gegenüberstand.

Wie ernst sich die finanzielle Lage des Bundeslandes Kärnten in den Jahren nach der Volksabstimmung darstellte, schildert uns Florian Gröger in seinen Erinnerungen „Von unten auf“:

„...Unser Finanzreferent Lagger wußte oft nicht wo er die Mittel zur Auszahlung der Beamten- und Lehrergehalte hernehmen sollte. Wir fuhren wiederholt nach Wien, um beim damaligen Finanzminister Dr. Gürtler eine Erhöhung der Holzausfuhrabgabe und ein Darlehen herauszuschinden. Manchmal hatten wir Erfolg, öfter wurden wir abgewiesen und mußten die Einnahmsquellen im Lande suchen...“

Im Sommer des Jahres 1922 entstand, hervorgerufen durch den großen Kurssturz, eine „furchtbare Situation“, die „alles zu verschlingen drohte“. Die Landesregierung wurde von allen Seiten bedrängt, Devisen und Warenkredite zu beschaffen, weil im Bundesland die wirtschaftliche Tätigkeit zu stocken begann und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ernstlich gefährdet war. Gröger weist auch darauf hin, dass unter anderem „die Konsumvereine ... vor einer Katastrophe (standen)“. Mit der Übernahme einer Garantie für ein größeres Darlehen konnte der „schwerste Schlag abgewehrt“ werden. Die Mitglieder des Präsidiums der Landesregierung waren nach Wien gereist und hatten dort nach längeren Verhandlungen bei der Bundesregierung die nötige Hilfe erhalten. Ein entscheidender Vorgang für Kärnten im Jahre 1922, denn „durch den Zusammenbruch der Krone war natürlich auch der Staat in eine schwere Krise geraten. Es wurde bereits offen über seinen Zerfall gesprochen und die Folge davon wäre die Besetzung Kärntens durch Jugoslawien und Italien gewesen. Zumal ja Salzburg und Tirol die heftigste Propaganda für die Loslösung von Österreich und den Anschluß an Bayern entfaltete“, erinnert sich der sozialdemokratische Landeshauptmann Florian Gröger an den zweifelsfrei heißesten Sommer seiner politischen Laufbahn.

Erst die am 4. Oktober 1922 durch Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, der Tschechoslowakei und Österreichs vereinbarte Währungs- und Budgetreform bzw. die von Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel erwirkte Auslandsanleihe von 650 Millionen Kronen beruhigte die Situation im Augenblick. Die Sanierung folgte strikten wirtschaftsliberalen Kriterien, brachte wohl eine Konsolidierung der Währung und Staatsfinanzen, jedoch keine Gesundung der Wirtschaft.

Respektvolle Auftritte

Marie Tusch war eine blendende Rhetorikerin. Zum Leidwesen jener, die heute ihr politisches Werk nachvollziehen wollen, hinterließ sie aber keine Aufzeichnungen. So sind weder die selbst verfassten Reden als sozialdemokratische Nationalratsabgeordnete noch Aufzeichnungen ihrer wirkungsvollen agitatorischen Auftritte erhalten. Die Rekonstruktion ihrer Rolle als Abgeordnete kann daher nur aus den stenographischen Protokollen des Nationalrates bzw. aus Protokollen der sozialdemokratischen Klubarbeit sowie unter Zuhilfenahme von Erinnerungen erfolgen.

Wir wissen, dass die Kärntner Sozialdemokratie mit ihr über eine wertvolle und wirkungsvolle, weil in der Einfachheit überzeugende Repräsentantin verfügte. Sie war nicht nur während sämtlicher vier Legislaturperioden der Ersten Republik im Hohen Hause vertreten; diese kontinuierliche politische Tätigkeit verschaffte ihr eine hohe Überzeugungskraft und Kompetenz. Marie Tusch war auch wegen ihres eigenen Schicksals überzeugte Sozialpolitikerin, konnte das Reformwerk von Ferdinand Hanusch von Beginn an mit verantworten und trat in zahllosen regionalen Versammlungen für diese Überzeugung persönlich ein. Wie sehr sie als politische Leitfigur anerkannt wurde, zeigen unter anderem wiederum die Erinnerungen der Tabakarbeiterin Paula Moser an eine Arbeiterversammlung in Klagenfurt zu Beginn der 1920-er Jahre:

„Zwei- bis dreimal (pro Jahr) hielt Marie Tusch in Klagenfurt eine Versammlung ab, in der sie den Anwesenden politische Hintergrundinformationen vermittelte. Das Versammlungslokal war meist gesteckt voll. Als sie hereinkam, wurde alles mucksmäuschenstill. Das hat mich als junge Frau am meisten beeindruckt. Dann sprach sie, ruhig, überlegt, auch mit Emotion und mit den Worten aus ihrer langjährigen Umgebung – ohne ein sichtbares Konzept und ohne ein Blatt Papier. Sie mußte von mehreren Mädchen nach der Versammlung nach Hause begleitet werden. Aus Angst vor einem Überfall durch politische Gegner ließ man sie nicht allein in der Dunkelheit den Heimweg durch das Bahnhofsgelände antreten. Ich hab geglaubt, ich geh mit dem Herrgott, als ich einmal das begleitende Mädchen war“, überliefert die Erzählerin.

Ganz im Sinne jener Analyse, die der Kärntner Historiker Hellwig Valentin in seiner wissenschaftlichen Arbeit zur Kärntner Arbeiterschaft in der Zwischenkriegszeit anstellte, wird man das Wirken von Marie Tusch in allen vier Legislaturperioden des Nationalrates der Ersten Republik beachten müssen. Denn „im Mittelpunkt der Alltagspolitik der Arbeiterbewegung standen (...) nicht so sehr nationale Fragen, sondern der Kampf um die wirtschaftliche und soziale Besserstellung der Arbeiter und der Ausbau der politischen Mitbestimmung. Das band die Masse der Arbeiterschaft an die Sozialdemokratie...“.

Marie Tuschs parlamentarische Arbeit lässt sich denn auch vollständig in diesen landespolitischen Rahmen einfügen. Verwendete sie sich zunächst in ihrem Engagement für das Schicksal der Kriegsversehrten oder die Versorgung der notleidenden Bevölkerung, für die soziale Besserstellung von Arbeiterinnen und Müttern usw., so wurde sie seitens ihrer Fraktion vor allem auch als Expertin in wirtschaftlichen Fragen des österreichischen

Tabakmonopols überaus geschätzt. So formulierte sie beispielsweise in zwei umfassenden Plenarbeiträgen – und zwar in der 45. Sitzung des Nationalrates am 5. Juli 1921 und in der 37. Sitzung des Nationalrates am 19. Mai 1924 – zum Tabakmonopol den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion vor dem Hintergrund, dass dieser Betrieb eine der wenigen Ertragsquellen der jungen Republik sei, die zur Finanzierung der Völkerbundanleihe herangezogen werden.

In beiden Reden der Abgeordneten Marie Tusch stellte sie jeweils auch umfassend die Lage und Bedürfnisse „ihrer“ Tabakarbeiter/innen dar, betonte die Notwendigkeit höherer Einkommen und ließ im übrigen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass die Tabakarbeiterschaft sehr wohl die notwendigen betriebsinternen Reformen im Sinne einer Gesundung und Expansion des Unternehmens mittragen wollten.

Ein weiteres Feld sozialer Einflussnahme eröffnete sich für Marie Tusch im Bereich von Kriegsfolgen des Ersten Weltkrieges bzw. bei Interventionen für Invalide. Als Kernregion der k.u.k. Monarchie war die männliche Bevölkerung des Bundeslandes Kärnten voll in die Kriegsereignisse einbezogen gewesen. In keiner Gemeinde fehlt jenes Mahnmal, welches an die Opfer des Ersten Weltkrieges erinnert. Von den insgesamt acht Millionen k. u. k. Soldaten starben im Krieg mehr als eine Million, zwei Millionen wurden verwundet, 1,7 Millionen kamen in Kriegsgefangenschaft, von denen weitere 480.000 starben.

Auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Kärnten betrug der Blutzoll des Ersten Weltkrieges nach Aufzeichnungen der Landeshauptmannschaft 12.908 Männer und 2 Frauen, und im Kärntner Freiheitskampf kamen 201 Männer und 12 Frauen ums Leben. Der Krieg hatte beinahe ebenso viele Menschenleben gefordert wie sie in den Jahren von 1914 bis 1919 in diesem Bundesland lebend geboren wurden.

Aufgrund der heimkehrenden Soldaten, der Desorganisation in der Industrie, im Gewerbe und im Verkehrswesen und in Kärnten auch wegen des Abwehrkampfes stieg die Zahl der Arbeitslosen während des Jahres 1919 rapide an, und die Unterversorgung mit Nahrungsmitteln vor allem in den Städten, die fehlende gesundheitliche Vorsorge eröffneten ein weites Feld ziviler Sterblichkeit insbesondere auch bei Kindern. Bereits im Jahre 1919 eröffnete die Fraktionsgenossin von Marie Tusch, Gabriele Proft, in der Konstituierenden Nationalversammlung eine Definitionsdebatte zum Kriegsopferfürsorgegesetz. Sie forderte darin, dass nicht nur jene Frauen als Kriegsopfer eingestuft werden dürften, die im Sanitätsdienst bzw. im Feld verletzt worden waren, sondern dass die Bestimmungen des Gesetzes auf alle Frauen auszudehnen seien, die durch Hunger oder andere Belastungen zu Opfern des Krieges geworden seien. Proft scheiterte mit ihrem Vorschlag, aber aus der parlamentarischen Diskussion zu diesem Thema wird erkennbar, dass die Kriegsfolgenfrage über viele Jahre immer wieder behandelt werden musste, weil in ihr bedeutender sozial-politischer Sprengstoff ruhte. Noch im Dezember des Jahres 1926 trug sich Marie Tusch in die Rednerliste zur Debatte der VIII. Novelle des Invalidenentschädigungsgesetzes ein, um vor dem Hohen Hause mehrere „krasse Fälle“ vorzubringen, die aus Frist säumnisgründen vom Ministerium für soziale Verwaltung abgewiesen worden waren. Die Kärntner Nationalrätin geißelte den

„unsozialen Geist (des) Amt(es) für soziale Verwaltung“ mit der Gegenüberstellung einer Invalidenrentenzusage an einen Klagenfurter Generalmajor zu mehreren dramatischen Notfällen aus dem gesamten Bundesland, denen das Ministerium wegen Fristversäumnis die Leistung versagte. Im Detail ließ sie sämtliche Fälle Revue passieren und erwirkte damit die Aufmerksamkeit der Mitglieder des Hohen Hauses zu einem Grundproblem des republikanischen Staates. Dieser dürfe die Hilfe nicht versagen, wenn Familien in Notlage gerieten, forderte Tusch in ihrem Schlussappell.

Zwar entbehrte die parlamentarische Arbeit der Kärntnerin großer, spektakulärer Auftritte. Aber man muss davon ausgehen, dass Marie Tusch in den Informations- und Meinungsbildungsprozess der politischen Willensträger der österreichischen Arbeiterbewegung voll eingebunden war. Trat sie in einer Plenardebatte des Nationalrates auf, so verfügte die einfache Arbeiterin und Gewerkschafterin aus Klagenfurt über eine eindrucksvolle Wortwahl und eine geschickte Rhetorik, die stets einzelne Schicksale hinter den geschilderten Problemen sichtbar machte. Der Tabakarbeiterin fehlte zwar jene rhetorische Aggression, welche von den Exponenten ihrer in Opposition zur Regierung stehenden Fraktion zumeist vermittelt wurde. Dennoch erwarb sich Marie Tusch als Nationalratsabgeordnete weit über die Parteigrenzen hinaus Ansehen und Anerkennung.

Ein Ehrentag für Marie Tusch

Viel von jenem Engagement, das Marie Tusch während der 1920-er Jahre für die Kärntner Arbeiterbewegung aufbrachte, wurde einerseits von einer Anzahl freier Gewerkschafter und Sozialdemokrat/innen dankbar registriert. Andererseits wurde aber auch vieles übersehen und fand in der Öffentlichkeit keinen Widerhall. Ein einziges Mal sprengte ein Fest zu ihren Ehren jeden gewohnten Rahmen: der Abend ihres 60. Geburtstages, Samstag, der 1. Dezember 1928:

„Alle Bezirke Kärntens waren gekommen, alle zur Partei gehörenden Korporationen waren vertreten, kein Frauenkomitee hat gefehlt, mit roten Nelkensträußen kamen sie alle, um ihrer Abgeordneten Glück zu wünschen, daß es ihr gegönnt sein möge, noch viele Jahre den arbeitenden Frauen zu nützen.“ Prof. Zeinitzer leitete die Feier, und ihr Abgeordnetenkollege Anton Falle würdigte die Jubilarin in „warmen und anerkennenden Worten“. Adelheid Popp überbrachte die Glückwünsche des Parteivorstandes und der Bundesfrauenorganisation, und nach ihr „sprachen alle, die von nah und fern des Kärntner Landes gekommen waren, um Genossin Tusch zu sagen, wie teuer sie ihnen ist...“

Tatsächlich hatte sich während der zwanziger Jahre um diese stets bescheiden und zurückhaltend auftretende Frau ein Mythos entwickelt, der sich im ersten Eindruck mit dem Bild einer „Mutter Theresa der Arbeiterschaft“ vergleichen lässt. Dies überliefert nicht nur die Erinnerung damals junger Mädchen aus St. Ruprecht, sondern vielmehr auch einige Zeilen einer glühenden Verehrerin der Abgeordneten, die hier zur Verdeutlichung wiedergegeben werden sollen. Sie schrieb ihr zum 60. Geburtstag auf einem liebevoll mit dem Parteigruß „Freundschaft“ bedruckten Seidenpapier:

„Liebe, hochverehrte Genossin! Bitte vielmals um Entschuldigung, daß auch ich mir erlaubt habe zu Ihren sechzigsten Geburtstage meine innigsten Glückwünsche darzubringen. Jede proletarische Frau, welche einmal die Freude hatte, sie, unsere Evangelistin, unsere Heilige, kennen zu lernen, hat in ihren Herzen Ihnen einen Altar der Liebe und Verehrung aufgebaut, wo man immer recht andechtig betet: Führe uns noch lange Jahre, du unsere Leiterin – unser leichtendes Beispiel. Liebe, liebe Genossin Tusch, bleiben sie noch lange, lange Zeit, gesund, damit wir noch recht oft die Freude Ihres werten Besuches genießen können. Nochmals alles erdenklich Beste! Mit größte/r Hochachtung und Liebe Ihre Maria Pribik.“

Nur noch sechs Frauen gehörten zu dieser Zeit dem österreichischen Nationalrat an, unter ihnen die Kärntnerin, deren Qualitäten auf dem Geburtstagsfest in der Klagenfurter Arbeiterkammer noch folgend umschrieben wurden: „... Und seit Marie Tusch Nationalrätin ist, ist sie, obwohl sie vielfach von schwerer Krankheit heimgesucht war, eine unermüdliche Agitatorin. Kein Graben des Kärntner Landes ist ihr zu weit entlegen, kein Berg zu hoch, als daß sie nicht hineilen würde, wenn das Proletariat von dort sie ruft. Man möchte es nicht glauben, daß in diesem scheinbar so zerbrechlichen Körper eine so große Kraft wohnt. Aber das Proletariat weiß ihr Dank dafür, das hat der Festabend gezeigt, der Samstag, den 1. Dezember in Klagenfurt stattgefunden hat, aus Anlaß ihres sechzigsten Geburtstages...“

Radikalisierung des Alltags

Wenn die Abgeordnete von ihren oft länger dauernden Wien- Aufenthalten wieder nach Klagenfurt zurückkehrte, sah sie sich immer öfter mit einem veränderten lokal-politischen Umfeld konfrontiert. Bereits kurz nach der Jahrhundertwende waren in Kärnten die ersten nationalen Arbeiterorganisationen entstanden. Während der zwanziger Jahre erhielten diese insbesondere unter den Handelsangestellten und auch unter den Eisenbahnern beachtliche Zuläufe. Einen interessanten Einblick vermittelt diesbezüglich das Ergebnis der Arbeiterkammerwahl im Jahre 1927, in der die „völkischen“ Gewerkschaften zwei Arbeitermandate errangen und die Sozialdemokraten insgesamt vier Mandate verloren. Um diese Zeit wählte jeder vierte Kärntner Eisenbahner die deutschnationalen Gewerkschaften.

In der Klagenfurter Vorstadtgemeinde St. Ruprecht verschärfte sich die Bruchlinie zwischen sozialdemokratischem und nationalem Lager bis in die Familienverbände. Selbst Marie Tusch blieb davor nicht verschont, denn ihr Mann Anton Tusch bekannte sich nicht nur öffentlich als „nationaler“ Arbeiter, er führte vielmehr auch mit seiner prominenten Ehefrau oftmals einen politischen Disput, welchen sie jedoch großmütig als provinziell und unwissend qualifizierte und sich im übrigen auf keine nachhaltige Auseinandersetzung einließ. Bereits seit den frühen zwanziger Jahren hatte auch in Kärnten eine spürbare Konfrontation der politischen Lager begonnen. In Klagenfurt lässt sich diese räumlich den Vorortgemeinden St. Peter, St. Ruprecht und Waidmannsdorf zuordnen. Die Konzentration vieler Gewerbe- und Industriebetriebe im Umfeld des Hauptbahnhofes rückten ab dem Jahre 1924 zunehmend die Arbeiterkammer in den Mittelpunkt des Geschehens. Deren Errichtung wurde von den bürgerlichen Medien heftig kritisiert. Offenbar erkannte

Das Wirken der legendären Gewerkschafterin und Betriebsrätin der Klagenfurter Tabakfabrik Marie Tusch (1868–1939) war mehrmals von außerordentlichen und in der Öffentlichkeit sichtbaren Erfolgen begleitet. Noch vor 1914 wurde das Gemeindeamt in St. Ruprecht samt angeschlossener Feuerwehr, Schule und Kindergarten errichtet. 1922–1924 erfolgte in mittelbarer Nähe der Bau der Arbeiterkammer Klagenfurt (S. 31, oben) und 1929 die Übergabe von 100 Wohnungen in der Wohnanlage Arnold-Riesehof (S. 31, unten) unmittelbar neben dem Gemeindeamt. 1930 schließlich erwirkte die St. Ruprechter Kommune die Erhebung zur Stadtgemeinde, bevor sie 1938 nach dem „Anschluss“ Österreichs an den NS-Staat der Gauhauptstadt Klagenfurt eingegliedert wurde.





Die neu errichtete Arbeiterkammer Klagenfurt (1924)



Arnold-Riese-Hof – Wohnungsübergabe (1929)

man die Gefahr dieses Organisations- und Bildungszentrums inmitten der damaligen Industrie- und Gewerbezone. Das folgende Ereignis möge über den viele Jahre schwelenden Streit, der zwischen den Organisationen der Arbeiterschaft und den Organisationen des Bürgertums ausgetragen wurde, einen bescheidenen Einblick verschaffen. Am 24. Juni 1931 nahm Marie Tusch mit anderen Exponenten der Kärntner Arbeiterbewegung – unter ihnen als Festredner Joseph Buttinger aus St. Veit – an einer Demonstration der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend im Gurktal teil. Im Wissen um die formale Kraft des Staates sorgte sie in einer überaus konfliktgeladenen Situation für Entschärfung, wobei sie durchaus auch einen möglichen Gesichtsverlust ihrer politischen Bewegung zu verhindern wusste.

Julius Lukas schilderte die Ereignisse so: „Der Kreis Kärnten der Sozialistischen Arbeiterjugend veranstaltete am Sonntag, den 24. Juni im Gurktal ein Jugendtreffen zur Verbreitung des sozialistischen Gedankens. Es war eine mächtige und schöne Kundgebung. 350 Burschen und Mädels in blauen Hemden aus Hüttenberg, Friesach, Treibach, St. Georgen, St. Veit, Feldkirchen, Landskron, Klagenfurt und Gurk zogen mit 30 roten Fahnen im Tal der Heimwehr durch Straßburg und Gurk. Das konnten die Heimwehrgrößen des Gurktales nicht vertragen. Das mußte verhindert werden.

Da die Heimwehr damals in keinem guten Ruf stand und daher allein zur Abwehr dieses Jugendaufmarsches zu schwach war, brauchte man eine Abwehrverstärkung, und so mußte in Straßburg unter der Führung ihres Hauptmannes, Oberlehrer Dietrich, die Feuerwehr mit der Motorspritze und mit Wasserschläuchen ausrücken. Der Bürgermeister Stromberger gab die Genehmigung hiezu und der Großgrundbesitzer Gorton, der immer über die hohen Steuern schrie, gab die feierliche Versicherung ab: Wenn es zu etwas kommt, die Unkosten trag ich! Unsere Jugendlichen, die mehr Verantwortungsgefühl als der Bürgermeister, der Feuerwehrhauptmann und der Großgrundbesitzer Gorton hatten, haben auf einen Durchmarsch durch Straßburg auf der Hauptstraße verzichtet und sich auf Nebenwegen durch den Ort begeben. Dieser Erfolg der Straßburger machte die Gurker Heimwehribürger stark, und auch sie versuchten, den Durchmarsch durch Gurk zu verhindern. Sie bedienten sich dabei der Heimwehr und des Deutschen Turnvereins. Der Bürgermeister von Gurk erklärte unseren Jugendlichen: Ich verbiete den Durchzug! Es kam aber anders. Die Funktionäre unserer Jugendlichen und die Nationalrätin, Genossin Marie Tusch, wandten sich an das Gendarmeriekommando in Gurk, welches den Durchmarsch durch Gurk gestattete. Die Heimwehr, der Bürgermeister und der Deutsche Turnverein mußten sich darauf zurückziehen. In musterhafter Disziplin, ohne auf die Herausforderungen der Gurker Herrschaften zu antworten, zogen dann die Jugendlichen durch Gurk zu dem hinter Gurk gelegenen Gasthaus Prosegger. Um zwei Uhr nachmittags fand dort eine Festversammlung statt, welche vom Kreisleiter der Jugendlichen, Genossen Richard Blatnik, eröffnet wurde und bei welcher der Genosse Buttinger aus St. Veit die Festrede hielt. Nationalrätin Genossin Tusch ermahnte die Jugendlichen, das Vermächtnis der Alten zu erfüllen...“

Der 4. März 1933

Die letzte parlamentarische Aktion erlebte Marie Tusch am 4. März 1933. Jener Tag, an dem die sogenannte Selbstausschaltung des Parlaments der 1. Republik Österreich stattfand, muss für sie zugleich auch ein von Spannung und Dramatik begleitetes Ereignis gewesen sein. Der Christlichsoziale Theodor Veiter, damals Sekretär der christlichsozialen Bundesratsfraktion, erinnerte sich an diesen Tag bzw. an den nächsten Tag unter Berücksichtigung der Vorgeschichte folgend:

Die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen hatte aufgrund angeordneter Sanierungsmaßnahmen angekündigt, die monatlich fälligen Gehälter und Löhne in jeweils drei Raten zu bezahlen. Die Eisenbahnergewerkschaft setzte daraufhin für 1. März 1933 einen Proteststreik an, für dessen Teilnahme den Eisenbahnern seitens der ÖBB dienstrechtliche Konsequenzen in Aussicht gestellt wurden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Nationalrat – mit ihnen also auch Marie Tusch – wollten mit einer dringlichen Anfrage und einem danach eingebrachten Antrag erwirken, dass die Generaldirektion der ÖBB zur vollen Auszahlung der Märzbezüge zu verhalten sei und dass aus Anlass des Proteststreiks keinerlei Maßregelungen der Bediensteten erfolgen dürften. Die Christlichsoziale Partei wiederum stellte den Antrag, die gegen die ÖBB-Bediensteten eingeleiteten Erhebungen sofort abzuschließen und das gesamte Material dem Handelsminister zur Entscheidung – mit der Absicht, Härten zu vermeiden – vorzulegen. Die Großdeutschen beantragten die Rückübernahme der ÖBB in die Hoheitsverwaltung des Bundes und ebenso wie die Sozialdemokraten die volle Nachsicht gegenüber allen am Streik beteiligten ÖBB-Bediensteten.

Der sozialdemokratische Antrag wurde mit namentlicher Abstimmung mit 91 gegen 70 Stimmen abgelehnt, der Antrag der Großdeutschen hingegen mit 81 gegen 80 Stimmen angenommen, und daraufhin sollte auch noch über den christlichsozialen Antrag abgestimmt werden. Die Großdeutschen protestierten nach der Annahme ihres Antrages dagegen, dass noch über den christlichsozialen Antrag abgestimmt werde, und dagegen wiederum wurde von christlichsozialer Seite lebhaft Einspruch erhoben. Der Präsident Dr. Karl Renner berief daraufhin eine Besprechung der drei Nationalratspräsidenten ein, um diese Frage zu klären. Die Besprechung dauerte von 8.45 bis 9.35 Uhr. Bei dem knappen Mehrheitsverhältnis von nur einer Stimme veranlassten die sozialdemokratischen Abgeordneten ihren Präsidenten Dr. Renner, der bei der Abstimmung nicht mitstimmen durfte, seine Stelle als Präsident niederzulegen, um seine Stimme für ihre Partei wiederzugewinnen.

Dr. Renner stellte nach Wiederaufnahme der Sitzung unter anderem fest, dass bei der Abstimmung über den Antrag der Großdeutschen ein arger Fehler vorgekommen sei. Es seien nämlich zwei Stimmzettel gefunden worden, die auf den Namen des sozialdemokratischen Abgeordneten Simon Abram aus Tirol lauteten, während von dem im Hause anwesenden SDAP-Abgeordneten Wilhelm Scheibin aus Innsbruck kein Stimmzettel vorlag. Auf den Versuch des Präsidenten, einen der beiden Stimmzettel dem Abgeordneten

Scheibein zuzuordnen, protestierte Dr. Buresch und es entstand ein gewaltiger Tumult, in dessen Folge Dr. Renner den Vorsitz zurücklegte. Daraufhin übernahm der Christlichsoziale Dr. Ramek das Präsidium mit der Absicht, die Abstimmung über den Antrag der Großdeutschen wiederholen zu lassen. Nachdem dagegen der Abgeordnete Kunschak protestierte, legte der Zweite Präsident des Nationalrates ebenfalls den Vorsitz zurück. Nun übernahm der Dritte Präsident, der Großdeutsche Dr. Straffner den Vorsitz, um sofort zu erklären, dass auch er auf seine Präsidentenstelle verzichte und er verließ – ohne die Sitzung zu schließen – das Präsidium. Aus der Tatsache, dass die Sitzung nicht geschlossen wurde, schlossen später Sozialdemokraten und Großdeutsche, dass die Sitzung weitergeführt – also wieder eröffnet – werden könne. Eine Auffassung, der die Christlichsozialen und insbesondere Dr. Dollfuß nicht beitraten. Dieser interpretierte die parlamentarische Auseinandersetzung so, dass er jetzt allein regieren könne; ohne das Parlament, das ja über keinen Präsidenten mehr verfüge, der den Nationalrat einberufen könne.

Es folgten turbulente Stunden. Die Dramatik der Situation konnte Marie Tusch nicht verborgen bleiben. Theodor Veiter recherchierte für sein Buch „Das 34er Jahr“ die weiteren Termine und Veröffentlichungen des Kanzlers. Dieser sollte am nächsten Tag in Kärnten auftreten. Er war als Redner auf einer Kundgebung christlicher Bauern am 5. März 1933 in Villach vorgesehen. Offenbar hatten die Eisenbahner in Bruck an der Mur den Regierungswaggon des Bundeskanzlers mit der Absicht abgehängt, dass er die Veranstaltung nur noch verspätet erreichen sollte und wegen dem verspäteten Eintreffen die Rede nicht mehr halten könnte. Dies habe den Entschluss des Regierungschefs gefestigt, „drastische Maßnahmen“ zu setzen. In Villach erklärte Dr. Dollfuß folgendes:

„Ich bin immer auf dem Boden des Parlamentarismus gestanden und bekenne mich selbstverständlich auch heute zu einer gesunden Volksvertretung. Wenn das Parlament sich selbst unmöglich macht, dann darf man nicht der Regierung die Schuld daran geben. Wir haben diese Entwicklung nicht gewünscht, wir betonen aber, daß uns das Interesse und das Wohl des österreichischen Staates und des österreichischen Volkes über alles geht. Hoffentlich gewinnt kühle Vernunft bald wieder die Oberhand.“

Erst in der Ministerratssitzung am 7. März 1933 nahm die Bundesregierung zur angeblichen Selbstausschaltung des Parlaments folgend Stellung: „Der Nationalrat, die gesetzgebende Versammlung der Republik Österreich, ist gelähmt und handlungsunfähig. Wie ist das gekommen? Infolge schwerer Meinungsverschiedenheiten über die Gültigkeit einer Abstimmung am 4. März i.J. legten alle drei Präsidenten ihre Stellen nieder. Dieser Fall ist in der Verfassung und in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen, es besteht daher zur Zeit eine schwere Krise des Parlaments. Die Regierung wünscht nicht, daß das Land dauernd einer aktionsfähigen, dem allgemeinen Wohl dienenden Voksvertretung entbehrt. Die Führung eines Staates liegt aber nicht allein bei der Gesetzgebung, sondern ebenso beim Staatsoberhaupt und der Regierung. Die vom Bundespräsidenten ernannte gesetzmäßige Regierung ist im Amte. Sie ist von der Parlamentskrise, die ohne ihr Zutun heraufbeschworen wurde, nicht berührt; es gibt daher keine Staatskrise.“

In der Zwischenzeit hatten in Deutschland am 5. März jene Wahlen stattgefunden, die Adolf Hitler endgültig an die Macht brachten. Alle politischen Kreise in Österreich begannen zu ahnen, dass dies nicht ohne Auswirkungen auf die kleine Alpenrepublik bleiben konnte. Die „Arbeiter-Zeitung“, die auch in Kärnten von vielen politischen Willensträgern gelesen wurde, schrieb in großer Aufmachung: „Hitler – Herr über Deutschland, das heißt, alle Freiheitsrechte aufgehoben, alle Meinungsfreiheit unterdrückt, alle Gefängnisse gefüllt, alle Sozialisten vogelfrei.“

Bundeskanzler Dr. Dollfuß erkannte in der Krise des österreichischen Parlaments die Chance, die Regierung auf einen autoritären Kurs zu führen, und tatsächlich wurde in den folgenden Tagen nicht nur das Bundesheer in Bereitschaft gesetzt, vielmehr verweigerte der Kanzler auch jegliche Zustimmung zur neuerlichen Einberufung des Nationalrates. Als dieser am 15. März 1933 nach einem Aufruf des Dritten Präsidenten Dr. Straffner als Rumpfparlament zusammentreten will, kann die Sitzung zwar beginnen, sie endet jedoch bereits nach zehn Minuten; das Parlament ist von Kriminalbeamten besetzt, vor dem Hohen Hause marschiert die Polizei auf. Für Marie Tusch endet an diesem Tag ihre langjährige politische Tätigkeit, die sie aus ganzem Herzen für die Menschen ihrer Heimat ausgeübt hatte. Im Alter von knapp 65 Jahren erfährt sie binnen weniger Tage den Zusammenbruch einer jungen Demokratie, an deren Wert sie stets geglaubt und an deren Entstehung sie ursächlichen Anteil hatte.

Wissen ist Macht - Bildung macht frei

Kein anderer Schlüsselbegriff der frühen Arbeiterbewegung trifft das politische Lebenswerk Marie Tuschs stärker als jener von der gesellschaftlichen Gestaltungskraft des Wissens. Die vorzugsweise autodidakt angeeignete Bildung, das lebensbegleitende Lernen dieser intelligenten Frau und Abgeordneten lässt sich insbesondere anhand der stenographischen Aufzeichnungen im Nationalrat nachvollziehen.

Wie viel muss sie gelernt haben, um sich in wichtigen Plenarreden die Anerkennung und den Respekt des Hohen Hauses zu erwerben? Ihre Debattenbeiträge zum Tabakmonopol oder auch zur Kriegsfolgenfrage vermitteln Einblick in das sprachliche und stilistische Repertoire der Kärntnerin – die Kluft zwischen der ihr vermittelten elementaren Schulbildung in der Maria Saaler Mädchen-Erziehungsanstalt und dem späteren Auftreten im Parlament und in öffentlichen Veranstaltungen ist enorm.

Die Frage entsteht: Wie und wann hat Marie Tusch soviel Wissen erworben, um damit die Anliegen der Menschen ihrer Region, ihrer Branche und ihrer Fabrik in derart qualifizierter Weise zu transportieren? Adelheid Popp, die Fraktionskollegin von Marie Tusch, deren Lebenswege zeitlich ganz knapp zusammenliegen und die über viele Jahre freundschaftlich miteinander verkehrten, formuliert in ihrem Buch „Der Weg zur Höhe“ (Wien, 1929) das Wesen des politischen Aufholprozesses der österreichischen Frauen:

„...Man vergißt, daß es bei der Gleichwertigkeit oder Minderwertigkeit nicht in erster Linie auf das Geschlecht ankommt, man übersieht oder will es nicht sehen, daß auch Männer

nicht gleichwertig sind. So sicher es ist, daß es neben hochwertigen Männern minderwertige Frauen gibt – so gibt es auch neben minderwertigen Männern hochbegabte und hochqualifizierte Frauen. Das sind Fragen der Entwicklung. Schauen wir zurück! Überlegen wir, was seit 1890, dem Geburtsjahr des Arbeiterinnen-Bildungsvereins (...) alles anders geworden ist! Vergegenwärtigen wir uns die Frau von damals in ihrer Entwürdigung, in ihrer geistigen und körperlichen Erniedrigung! Und daneben die Frau von heute, die Frau mit dem Stimmzettel, die Frau als Abgeordnete, Ärztin und Rechtsanwältin, die Frau nicht nur mehr bei den Lohnarbeiten „niedrigster“ Art, wie die Gewerbeordnung besagte, sondern überall, wo Menschenhände und Menschengedanken Arbeiten verrichten! (...)

Die Spitzenfunktionärinnen der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie kamen mehrheitlich aus proletarischen Milieus. Ihr Wissen verdankten sie der individuellen Förderung innerhalb ihrer Organisationen, Klubs und Gemeinden, die sie vor und nach der Jahrhundertwende oftmals mitbegründet hatten. Später – in der Ersten Republik – war dies angesichts der sprunghaft ansteigenden Mitgliederzahlen in dieser Form nicht mehr möglich. Die weiblichen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei stiegen von 1918 (41.000) bis 1921 (110.000) um ca. 70.000 (!). Mit Frauenschulen und Rednerinnenkursen, mit der Herausgabe inhaltlich anspruchsvoller, aber auch einfacher Broschüren und sozialer Romane in Form von „Groschenbücheln“ versuchte die Parteiführung dem Mangel an ausgebildeten Funktionärinnen entgegenzuarbeiten. Die im Jahre 1921 gezählten 1852 sozialdemokratischen Funktionärinnen in 3643 Funktionen stiegen bis zum Jahre 1929 auf 12.932 Funktionärinnen in 19.838 Funktionen an.

Marie Tusch, für die Bildung wichtigster Antrieb war und für die politische Mitbestimmung als Zugang für die schwer errungene demokratische Gesellschaftsordnung wirkte, musste nicht erst in den 1920-er Jahren bewusst werden, dass die bisherige Bildungsarbeit in den Freien Gewerkschaften und in ihrer Partei nur ungenügend ausgeprägt waren. Insbesondere die Schulung von Betriebsrät/innen zur Umsetzung betriebsdemokratischer Strukturen, die in der Folge des Sozialwerkes von Ferdinand Hanusch bis 1920 entstanden waren, wurde zum dringendsten Erfordernis.

In dieser Frage wusste sich die Kärntner Abgeordnete unter anderem einer Meinung mit Dr. Käthe Leichter, der herausragenden Wirtschafts- und Gesellschaftsanalystin der proletarischen Frauenbewegung, die als Angestellte der Wiener Arbeiterkammer die wesentlichen Grundlagen für die Sozialdemokrat/innen und Gewerkschafter/innen im Parlament erarbeitete und in Form umfangreicher, sozialwissenschaftlich begründeter Basiswerke der politischen Arbeit zur Verfügung stellte.

Ihr müsst selbstbewusst werden...

Diese Botschaft verwendete Marie Tusch in eindringlicher Rhetorik – zumeist am Schluss der Vorträge –, wenn sie vor jungen Frauen auftrat. Ihre Überzeugungskraft war Mitte der 1920-er Jahre bereits so ausgeprägt, dass die damals 17-jährige Johanna Körbler, heute 90-jährig (1999), anschaulich schildern kann, wie der Wissenstransfer von einer Generation auf die andere stattfand. Die Nationalrätin unternahm ab den Jahren 1925 und 1926 den

Versuch, junge Frauen aus den Betrieben im Umfeld der Klagenfurter Arbeiterkammer politisch zu bilden. Das Interesse war groß, denn sowohl in der Tabakfabrik als auch in der Näherei Friedländer und in der Sirius-Zündwarenfabrik bestanden Betriebsorganisationen der Arbeitnehmerschaft, die für die nötige Erstinformation sorgten. In Abständen von ca. drei Wochen berief Marie Tusch die jungen Frauen zu einem Vortrag in die Arbeiterkammer und unterrichtete sie über die Entstehung der regionalen und nationalen Arbeiterbewegung ebenso wie über die Rolle des Parlaments in der Ersten Republik. Diese Vorträge dauerten eineinhalb bis zwei Stunden und erstreckten sich über ein ganzes Schuljahr.

„Ich habe keinen Vortrag ausgelassen. Marie Tusch war eine hervorragende Rednerin. Sie hat überzeugend und deutlich gesprochen. Man konnte jedes Wort, jeden Satz, jeden Zusammenhang verstehen. Selbst schwierige Entwicklungen wurden so vorgebracht, daß uns die Politik begreifbar wurde. Ich war fasziniert von ihr. Wie sie uns von ihrer Arbeit in Wien erzählt hat - von Viktor Adler, den sie noch kennenlernen durfte. Von dessen sozialen Recherchen und Berichten im ausgehenden 19. Jahrhundert. Von der Arbeiterschaft in den österreichischen Industriegebieten, die er auf die sozialen Verhältnisse aufmerksam machte, wie er ihnen die Bedeutung des Lesens und Schreibens beibrachte. Mit welcher Energie er darum kämpfte, neue Leute für die Bewegung zu gewinnen – dies ist bis heute haften geblieben.“

Außergewöhnliche Bildungsarbeit

Freilich erhielt Marie Tusch in ihrem Bemühen um den Aufbau von Bildungsstrukturen für Arbeiterinnen insbesondere von der Kammer für Arbeiter und Angestellte nachhaltige Unterstützung. Auf diese Einrichtung war die Klagenfurter Arbeiterschaft überaus stolz. Zum einen, weil sie gegen den massiven Widerstand des Bürgertums errichtet worden war und andererseits, weil die Einrichtung alles daran setzte, die Arbeiter und Angestellten, die Frauen und Jugendlichen mit der Vermittlung von Wissen an ein besseres Leben heranzuführen. Johanna Körbler schwärmte lebenslang von diesem ungeheuren, unvorstellbaren Aufbruch:

„Wir haben alles zur Fortbildung vorgefunden. In der Arbeiterkammer gab es die Bibliothek. Wir konnten an den Kursen und Vorträgen unserer Gewerkschaft teilnehmen. Die besten Leute der Bewegung standen uns zur Verfügung.“ Und sie erinnerte sich mit Recht an diese „goldenen Bildungsjahre“, die aber von Arbeitslosigkeit und existentieller Armut überschattet waren.

Ein außergewöhnlicher Mann mit einem außergewöhnlichen Programm stand diesem Bildungswerk der Arbeiterkammer vor: Dr. Bruno Pittermann, der spätere Vizekanzler der Republik Österreich, leitete ca. fünf Jahre das Bildungswesen, das er – mit Kursen, Vorträgen, künstlerischen Veranstaltungen, der Betriebsräte- bzw. Wirtschaftsschule sowie der Führung von 42 über das gesamte Bundesland verstreuten Bücherstellen – bis zum Jahre 1932 so stark ausformen konnte, dass die gesetzliche Vertretung der Arbeiter/innen und Angestellten ca. ein Drittel (!) ihres gesamten Jahresbudgets für diesen Zweck

aufwendete, und zwar mit der grundsätzlichen Zustimmung aller politischen Fraktionen des Hauses.

Sieg und Untergang der Diktaturen

Im März des Jahres 1938 erlebte die nunmehr 69-jährige Marie Tusch noch die Annexion Österreichs durch das Hitler-Regime. Die Ereignisse dürften ihr – im Gegensatz zu vielen anderen Menschen der Arbeiterschaft, die vom austro-faschistischen Experiment auch keine Besserung ihrer Lage erfuhren – ein Gefühl der Niedergeschlagenheit und Hoffnungslosigkeit bereitet haben. Sie hatte als Vertrauensfrau mit verfolgt, wie die Arbeiter/innen während des Ersten Weltkrieges ihrer wichtigsten politischen und gewerkschaftlichen Rechte beraubt wurden: die Vereins- und Versammlungsfreiheit aufgehoben, die Pressefreiheit abgeschafft, das Postgeheimnis durch Zensur verletzt, die Fabriken unter Militäraufsicht gestellt und die mühsam errungenen Tarifverträge aufgehoben. Im Februar 1934 eine ähnlich einschneidende Situation wegen des Bürgerkrieges, aber viel dramatischer: Ihre Generation hatte die Arbeiterkulturbewegung und ihre Institutionen bewusst als Gegenkultur zur herrschenden Gesellschaft und deren Lebensform geschaffen – in langen und oftmals heftigen Auseinandersetzungen. Nach dem 12. Februar 1934 fielen alle noch vorhandenen Schranken. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft und die Freien Gewerkschaften erfuhren Verfolgungen und schwerste Demütigungen. Aber innerhalb von nur vier Jahren endete diese unglückselige Ära des österreichischen Staates.

Aus den leidvollen Erfahrungen stammte die Überzeugung, dass es nie wieder zu einem Krieg und schon gar nicht zu einem Bürgerkrieg kommen dürfe, weil insbesondere die Arbeiterschaft, die „Leute von unten“ die Leidtragenden wären. Begeistert übernahm Marie Tusch als Politikerin die Vision ihrer Partei, am Konzept einer neuen Gesellschaftsordnung mitzuwirken, die jedoch nur auf demokratischem Wege zu erringen sei. Den Teilnehmerinnen ihrer Vorträge erklärte sie nachhaltig ihr Verständnis im Kampf um demokratische Strukturen. Sie trete ein für „die politische und geistige Freiheit, das gleiche Recht für alle Staatsbürger und den Kampf für ein menschenwürdiges Dasein“.

Wie die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei - und dies zeigte sich auf sämtlichen Parteitagungen der Ersten Republik – glaubte auch sie an den friedlichen Weg, an die Kraft der humanitären Argumente als Pfad in die bessere gesellschaftliche Zukunft. Die Umsetzung des sozialistischen Modells in der Sowjetunion bezeichnete sie als „Gewaltdiktatur“, und im Grunde wusste die Klagenfurterin, dass die faschistischen Diktaturen keinen längerdauernden Bestand haben würden.

Nie vergessen - nicht vergessen

Am Donnerstag, den 25. Oktober 1945, begann im Festsaal des Alten Rathauses in Wien die erste Frauen-Zentralkonferenz nach dem Zweiten Weltkrieg. Rosa Jochmann und Gabriele Proft gestalteten zu Beginn dieses Kongresses ein Totengedenken an die verstorbenen Pionierinnen der österreichischen Arbeiterbewegung. Viele von ihnen – wie Adelheid Popp, Therese Schlesinger, Leopoldine Glöckel, Lucie Loch, Helene Bauer, Käthe Leichter, Steffi

Kunke u.a. – waren teils eines natürlichen Todes gestorben, teils durch Entbehrungen umgekommen und teils unter grauenvollen Leiden in einem NS-Konzentrationslager ums Leben gekommen. Auf dem Ehrenblatt für die verstorbenen oder umgekommenen Frauen steht ebenbürtig auch der Name Marie Tusch.

Am zweiten Tag dieser wichtigen Veranstaltung, der aus Kärnten die Klagenfurter SP-Gemeinderätin Julie Hardinka und die AK-Bibliothekarin Lona Sablatnig beiwohnten, erklärte Gabriele Proft begleitend zu einer Resolution, die in Auszügen hier wiedergegeben werden soll, in einfachen Worten die Zielrichtung der Frauen im Zusammenhang mit dem Entstehen der Zweiten Republik unter anderem so:

„...In erster Linie nehmen wir gegen den Krieg Stellung... (und wir wollen) ...daß eine soziale Gesetzgebung die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter verbürgen soll ...(und) die zweite Frage ist der Neuaufbau unserer zerstörten Wirtschaft! Ist die Überwindung des Hungers, die Überwindung der Kälte und der Wohnungsnot! Viel wird das neue Parlament unseren Vertreterinnen an Arbeit aufbürden...“ In der einhellig angenommenen Resolution findet sich unter anderem die folgende Willenserklärung: „... Eine unserer vornehmsten Aufgaben in der Demokratie wird es sein, für den Weltfrieden zu kämpfen. Unsere Kinder sollen in Frieden leben und arbeiten können, damit sie imstande sind, das Werk zu vollenden, das wir, die Mütter und Frauen von heute, unverdrossen von neuem beginnen...“

Die Umsetzung dieser Vision erschien zunächst kaum glaubhaft und dennoch zeigt die Entwicklung in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg eine breite Zustimmung zweier neuer Generationen einerseits zur Friedensbotschaft und andererseits zum gesellschaftlichen Recht auf Beschäftigung. Die Umweltbewegung fügt sich ergänzend in das europaweit akzeptierte gesellschaftlich-humanitäre Zukunftsbild. Im Grunde ruhen viele auch für unser zukünftiges Leben bedeutsame Erkenntnisse in jener politischen Ära, die Marie Tusch mitgestaltet hat – damit bleibt sie unvergessen!

Zurückgezogen, im Kreise ihrer Familie, lebte Marie Tusch nach dem Ende der demokratischen Ära in der Flurgasse in Klagenfurt. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten musste sie ihr Neffe wegen ihres Herzleidens in ärztliche Behandlung bringen. Am 25. Juli 1939 starb sie nach einem Herzinfarkt.



Zurückgezogen, im Kreise ihrer Familie, lebte Marie Tusch nach dem Ende der demokratischen Ära in der Flurgasse in Klagenfurt. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten musste sie ihr Neffe wegen ihres Herzleidens in ärztliche Behandlung bringen. Am 25. Juli 1939 starb sie nach einem Herzinfarkt. - In liebevoller Pflege ehrt die Familie der Adoptivtochter von Marie Tusch (Hornbogner) das Andenken an sie in St. Ruprecht/Klagenfurt.

Literatur/Quellen/Auswahl

- Alexander Appenroth, Bischof Kahn und das Apostolat des gedruckten Wortes. Klagenfurt 1991.
- R. B. Blatnik, Marie Tusch – Porträt einer Kämpferin um Frauenrechte und Emanzipation. In: „Kärntner Tageszeitung“, 26. September 1975.
- Karl Dinklge, Geschichte der Kärntner Arbeiterschaft, Band I und II. Klagenfurt 1982.
- Fritz Drechsler, Geschichte der österreichischen Lebensmittelarbeitergewerkschaft, 3. Band: Geschichte der Gewerkschaft der Tabakarbeiter, hg. zum 50. Bestandsjahr der Tabakarbeitergewerkschaft. Wien 1952.
- Bernhard Düwell, Gewerkschaften und Nationalsozialismus. Berlin 1931.
- Jacques Hannak, Karl Renner und seine Zeit – Versuch einer Biographie. Wien 1965.
- „Endlich frei! 1945 bis 1955“, Bericht, herausgegeben vom Frauen-Zentralkomitee der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien 1955.
- Otto Glöckel, Schulreform und Volksbildung in der Republik. Wien 1919.
- Florian Gröger, Von unten auf – Eine Selbstbiographie. Klagenfurt 1926.
- Walter Göhring (Hg.), Käthe Leichter: Gewerkschaftliche Frauenpolitik. Wien 1995.
- Gabriella Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus – Frauen im Parlament 1919-1933. Wien 1995.
- Florence Herve (Hg.), Brot & Rosen. Geschichte und Perspektive der demokratischen Frauenbewegung. Wien 1979.
- „Jahrbuch 1932 der Kärntner Kammer für Arbeiter und Angestellte“. Klagenfurt 1933.
- Vinzenz Jobst, Arbeitswelt und Alltag – ein sozialgeschichtliches Lesebuch. Kärntner Arbeiterleben im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Klagenfurt 1985.
- Käthe Kern, Frauen, entscheidet euch! Berlin 1931.
- Klub der Sozialistischen National- und Bundesräte „Tätigkeitsbericht Dezember 1945 bis Juli 1946“. Wien 1946.
- Friedrich Kürbis/Richard Klucsarits (Hg.), Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht. Wuppertal 1981.
- Andrea Lauritsch, Selbsthilfe, Organisation und Agitation – Die Tabakarbeiterinnen von Klagenfurt um die Jahrhundertwende. In: „Autonomie in Bewegung: Dokumentation der 6. Österreichischen Frauensommeruniversität“. Wien 1991.
- Hans Lagger, Der rote Landeshauptmann. Klagenfurt 1927.
- W. Müller/A. Willms/J. Handl, Strukturwandel der Frauenarbeit 1880-1980. Frankfurt 1982.
- Pollak Marianne, Frauenmehrheit verpflichtet – eine internationale Übersicht. Wien 1948.
- Adelheid Popp, Der Weg zur Höhe. Wien 1929.
- Dies., Frauen der Arbeit, schließt euch an! Wien 1919.
- Dies., Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin – Von ihr selbst erzählt. Wien 1964.
- Liselotte Popelka, Die Frau im Krieg. Ausstellungskatalog der gleichnamigen Ausstellung im Heeresgeschichtlichen Museum. Wien 1986.
- Paul Posch, Landeskrankenhaus Klagenfurt – Geschichte der Kranken- Heil- und Pflegeanstalten des Landes Kärnten in Klagenfurt und der Klagenfurter Spitäler. Klagenfurt 1992.
- Statistischer Bericht über die volkswirtschaftlichen Zustände Kärntens 1871-1892. Hg. von der Handelskammer für Kärnten.
- Wilhelm Wadl/Alfred Ogris, Das Jahr 1938 in Kärnten und seine Vorgeschichte. Klagenfurt 1988.
- Martin Wutte, Die Bevölkerungsbewegung in Kärnten 1880-1934. In: „Carinthia I“. Klagenfurt 1938.
- Hellwig Valentin, Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die Kärntner Arbeiterschaft und die nationale Frage (bis 1934). Vortrag anlässlich der Jahreshauptversammlung des Geschichtsvereins für Kärnten. Klagenfurt, am 25. 3. 1999.
- Ders., Abwehrkampf und Volksabstimmung in Kärnten 1918-1920 – Mythen und Fakten. Klagenfurt 1993.
- Theodor Veiter, Das 34-er Jahr – Bürgerkrieg in Österreich. Wien 1984.
- Luise Zietz, Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg. Stuttgart 1919.